

No. 43508

**Austria
and
Slovakia**

Agreement between the Republic of Austria and the Slovak Republic on police co-operation. Vienna, 13 February 2004

Entry into force: *1 July 2005 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 37*

Authentic texts: *German and Slovak*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 30 January 2007*

**Autriche
et
Slovaquie**

Accord entre la République d'Autriche et la République slovaque relatif à la coopération policière. Vienne, 13 février 2004

Entrée en vigueur : *1er juillet 2005 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 37*

Textes authentiques : *allemand et slovaque*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 30 janvier 2007*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG

zwischen

der Republik Österreich

und

der Slowakischen Republik

über

die polizeiliche Zusammenarbeit

Die Republik Österreich

und

die Slowakische Republik

nachstehend die Vertragsparteien

mit dem Ziel, zur Wahrnehmung gemeinsamer Sicherheitsinteressen zusammenzuarbeiten,

im gemeinsamen Willen, den grenzüberschreitenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie der internationalen Kriminalität durch eine Sicherheitspartnerschaft wirksam zu begegnen,

in der Absicht, insbesondere die enge polizeiliche, grenzpolizeiliche und verkehrspolizeiliche Zusammenarbeit umfassend weiterzuentwickeln,

im Bestreben nach einer weiteren Vertiefung des polizeilichen Amtshilfeverkehrs,

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I

Grundsatzbestimmungen

Artikel 1

Vertragsgegenstand

Die Vertragsparteien verstärken die Zusammenarbeit bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verhütung und Verfolgung strafbarer Handlungen und unterstützen einander durch verkehrspolizeiliche Amtshilfe. Dies geschieht im Rahmen des nationalen Rechts, soweit sich aus diesem Vertrag nicht etwas anderes ergibt. Die Regelungen über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), bleiben von diesem Vertrag unberührt.

Artikel 2

Gemeinsame Sicherheitsanalyse

Die Vertragsparteien streben einen möglichst einheitlichen Informationsstand über die polizeiliche Sicherheitslage an. Zu diesem Zweck tauschen sie periodisch und anlassbezogen Lagebilder aus und analysieren mindestens einmal jährlich gemeinsam die Schwerpunkte der Sicherheitslage.

Kapitel II

Allgemeine Bestimmungen über die polizeiliche Zusammenarbeit

Artikel 3

Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien leisten einander im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verhütung und Bekämpfung von Straftaten Amtshilfe, soweit ein Ersuchen oder dessen Erledigung nach nationalem Recht nicht den Justizbehörden vorbehalten ist.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 und die Antworten werden grundsätzlich schriftlich zwischen den nationalen Zentralstellen der Vertragsparteien übermittelt. Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung nicht zuständig, leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter.

(3) Eine Übermittlung und Beantwortung von Ersuchen unmittelbar zwischen den zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsstaaten kann erfolgen, soweit

- a) sich der grenzüberschreitende Dienstverkehr auf Straftaten bezieht, bei denen der Schwerpunkt der Tat und ihrer Verfolgung in den Grenzgebieten im Sinne des Absatzes 7 liegt, oder
- b) die Ersuchen um Hilfe zur Abwehr von unmittelbar drohenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht rechtzeitig über den Geschäftsweg zwischen den nationalen Zentralstellen gestellt werden können.

(4) Ersuchen nach den Absätzen 1 bis 3 können insbesondere betreffen:

- a) Angaben zu Eigentümern, Haltern, Lenkern und Piloten von Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,
- b) Angaben zu Führerscheinen, Schifffahrtspatenten und vergleichbaren Berechtigungen,
- c) Angaben zu Aufenthalt und Wohnsitz sowie zu Aufenthaltstiteln,
- d) Feststellung von Inhabern von Telefonanschlüssen oder sonstigen Fernkommunikationseinrichtungen,
- e) Identitätsfeststellungen,
- f) Informationen über die Herkunft von Sachen, beispielsweise Waffen, Kraftfahrzeugen und Wasserfahrzeugen,
- g) Abstimmung von und Durchführung erster Fahndungsmaßnahmen,
- h) Observationsmaßnahmen, kontrollierte Lieferungen und verdeckte Ermittlungen,
- i) Informationen bei grenzüberschreitender Nacheile,
- j) Feststellung der Aussagebereitschaft eines Zeugen zur Vorbereitung eines Rechtshilfeersuchens,
- k) polizeiliche Befragungen und Vernehmungen,
- l) Spurensuche, -sicherung, -auswertung und -vergleich.

(5) Die Sicherheitsbehörden können einander ferner Ersuchen im Auftrag der zuständigen Justizbehörden stellen und gemäß Absatz 2 übermitteln und erledigen.

(6) Die Unterrichtung der nationalen Zentralstellen über ein- und ausgehende direkte Ersuchen erfolgt nach Maßgabe des nationalen Rechts.

(7) Als Grenzgebiete im Sinne dieses Vertrages gelten:

in der Republik Österreich die Zuständigkeitsbereiche der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland, der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich und der Bundespolizeidirektion Wien,

in der Slowakischen Republik die Wirkungsbereiche der Kreispolizeidirektion des Polizeikorps in Bratislava und der Kreispolizeidirektion des Polizeikorps in Trnava.

(8) Sicherheitsbehörden im Sinne dieses Vertrages sind:

in der Republik Österreich der Bundesminister für Inneres als nationale Zentralstelle, die Sicherheitsdirektionen, die Bundespolizeidirektionen und außerhalb des örtlichen Zuständigkeitsbereiches der Bundespolizeidirektionen die Bezirksverwaltungsbehörden,

in der Slowakischen Republik das Innenministerium als nationale Zentralstelle, die Kreis- und Bezirksdirektionen des Polizeikorps, das Amt der Grenz- und Fremdenpolizei des Präsidiums des Polizeikorps, die Zolldirektion und das Ministerium für Verkehr, Post und Telekommunikation/Generaldirektion der Eisenbahnpolizei.

Artikel 4

Amtshilfe in dringenden Fällen

(1) In Fällen, in denen das Ersuchen nicht rechtzeitig über die zuständigen Justizbehörden gestellt werden kann, ohne den Erfolg der Maßnahme zu gefährden, können Ersuchen zur Spuren- und Beweissicherung einschließlich der Durchführung von körperlichen Untersuchungen sowie von Personen- und Hausdurchsuchungen oder

Ersuchen um vorläufige Festnahmen von den zuständigen Sicherheitsbehörden unmittelbar an die Sicherheitsbehörden der anderen Vertragspartei gerichtet werden. Artikel 3 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Sicherheitsbehörden unterrichten die zuständigen Justizbehörden im eigenen Land über das Stellen und den Erhalt eines Ersuchens gemäß Absatz 1. Die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen an den ersuchenden Staat bedarf eines förmlichen Rechtshilfeersuchens der Justizbehörden. Ist diese Übermittlung dringlich gemäß Absatz 1, kann die ersuchte Sicherheitsbehörde die Ergebnisse nach Einwilligung der zuständigen Justizbehörde unmittelbar an die ersuchende Sicherheitsbehörde übermitteln.

Artikel 5

Informationsübermittlung ohne Ersuchen

Die Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien teilen einander im Einzelfall ohne vorhergehendes Ersuchen Informationen mit, die für den Empfänger zur Unterstützung bei der Abwehr von konkreten Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder zur Verhütung und Bekämpfung von Straftaten von Bedeutung sein können. Für die Durchführung des Informationsaustausches gilt Artikel 3 Absatz 2, 3 und 6 entsprechend.

Artikel 6

Aus- und Fortbildung

Die Vertragsparteien arbeiten bei der Aus- und Fortbildung zusammen, indem sie insbesondere

- a) Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung austauschen und die wechselseitige Übernahme von Ausbildungs- und Fortbildungsinhalten erwägen,
- b) gemeinsame Aus- und Fortbildungsseminare sowie grenzüberschreitende Übungen im Bereich der Zusammenarbeit nach diesem Vertrag durchführen,
- c) Vertreter der anderen Vertragspartei als Beobachter zu Übungsveranstaltungen und besonderen Einsätzen einladen,

- d) Vertretern der anderen Vertragspartei die Teilnahme an Fortbildungslehrgängen ermöglichen.

Kapitel III

Besondere Formen der polizeilichen Zusammenarbeit

Artikel 7

Grenzüberschreitende Observation

(1) Organe der Sicherheitsbehörden einer Vertragspartei sind befugt, eine Observation im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen einer im ersuchten Staat auslieferungsfähigen Straftat auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei fortzusetzen, wenn diese der grenzüberschreitenden Observation auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat; gleiches gilt für eine Observation mit dem Ziel der Sicherstellung der Strafvollstreckung. Die Zustimmung kann mit Auflagen verbunden werden. Auf Verlangen der Sicherheitsbehörden der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, ist sie an deren Beamte zu übergeben. Das Ersuchen nach dem ersten Satz ist an die durch die ersuchte Vertragspartei bezeichnete Behörde zu richten, die befugt ist, die erbetene Zustimmung zu erteilen oder zu übermitteln. Die erteilte Zustimmung gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet. Das Überschreiten der Grenze darf auch außerhalb von Grenzübergängen und festgesetzten Verkehrsstunden erfolgen.

(2) Kann wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit eine vorherige Zustimmung der anderen Vertragspartei nicht beantragt werden, darf eine Observation unter der Voraussetzung über die Grenze hinweg fortgesetzt werden, dass der Grenzübertritt noch während der Observation unverzüglich der zuständigen Behörde jener Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt werden soll, mitgeteilt wird.

Zuständige Behörden sind:

in der Republik Österreich die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland und die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich entsprechend ihrer örtlichen Zuständigkeit,

in der Slowakischen Republik die Kreispolizeidirektion des Polizeikorps in Bratislava oder die Kreispolizeidirektion des Polizeikorps in Trnava entsprechend ihrer örtlichen Zuständigkeit.

(3) Im Falle des Absatz 2 ist ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, unverzüglich nachzureichen. Die Observation ist einzustellen, sobald die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sie stattfindet, aufgrund der Mitteilung oder des Ersuchens dies verlangt, oder wenn die Zustimmung nicht zwölf Stunden nach Grenzübertritt vorliegt.

(4) Die Observation nach den Absätzen 1 und 2 ist ausschließlich unter den nachstehenden Voraussetzungen zulässig:

- a) Die observierenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sie auftreten, gebunden; sie haben die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden dieser Vertragspartei zu befolgen.
- b) Die eingesetzten Fahrzeuge sind hinsichtlich der Befreiung von Verkehrsverboten und Verkehrsbeschränkungen den Fahrzeugen der Sicherheitsbehörden der Vertragspartei gleichgestellt, auf deren Hoheitsgebiet sie im Einsatz sind. Es können Signale gesetzt werden, soweit dies zur Durchführung der Observation geboten ist.
- c) Die observierenden Beamten müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion nachzuweisen.
- d) Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeit betreten werden.
- e) Über jede Observation wird den Behörden der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sie stattgefunden hat, Bericht erstattet; dabei kann das persönliche Erscheinen der observierenden Beamten gefordert werden.
- f) Die Behörden der Vertragspartei, zu der die observierenden Beamten gehören, unterstützen auf Ersuchen die nachträglichen polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet observiert wurde.

g) Zur Durchführung der Observation notwendige technische Mittel dürfen im erforderlichen Umfang eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird, zulässig ist. Die zum Einsatz gelangenden technischen Observationsmittel sind im Ersuchen nach Absatz 1 anzuführen.

(5) Grenzüberschreitende Observationen können, soweit das nationale Recht der Vertragsparteien dies zulässt und in entsprechender Anwendung der Absätze 1 bis 4, auch

- a) zur Abwehr auslieferungsfähiger Straftaten,
- b) um eine bestimmte von einer Person geplante auslieferungsfähige Straftat noch während ihrer Vorbereitung verhindern zu können, oder
- c) zur Abwehr bandenmäßiger oder organisierter Kriminalität durchgeführt werden.

(6) Observationen gemäß Absatz 5 aufgrund einer vorherigen Zustimmung sind nur zulässig,

- a) soweit ein Ersuchen nicht gemäß Absatz 1 im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gestellt werden kann und
- b) wenn der Zweck der Observation nicht durch Übernahme der Amtshandlung durch Organe der anderen Vertragspartei oder durch Bildung gemeinsamer Observationsgruppen (Artikel 12) erreicht werden kann.

(7) Das Ersuchen ist bei Observationen gemäß Absatz 1 und Absatz 5 zu richten:

in der Republik Österreich an das Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit,

in der Slowakischen Republik an das Innenministerium/Präsidium des Polizeikorps.

Artikel 8

Grenzüberschreitende Nacheile

(1) Organe der Sicherheitsbehörden einer Vertragspartei, die in ihrem Land eine Person verfolgen, die

- a) bei der Begehung von oder der Teilnahme an einer im anderen Vertragsstaat auslieferungsfähigen Straftat betreten oder deswegen verfolgt wird,
- b) aus Untersuchungs- oder Strafhaft oder einer vorbeugenden Maßnahme, die wegen einer im anderen Staat auslieferungsfähigen Straftat verhängt worden ist, geflohen ist,

sind befugt, die Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne deren vorherige Zustimmung fortzusetzen, wenn die zuständigen Behörden dieser Vertragspartei wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit nicht zuvor unterrichtet werden konnten oder nicht rechtzeitig zur Stelle sind, um die Verfolgung zu übernehmen. Die nacheilenden Beamten nehmen unverzüglich, im Regelfall bereits vor dem Grenzübertritt, Kontakt mit der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei auf. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Verfolgung stattfinden soll oder bereits stattfindet, dies verlangt. Auf Ersuchen der nacheilenden Beamten ergreifen die örtlich zuständigen Behörden die betroffene Person nach Maßgabe des nationalen Rechts, um ihre Identität festzustellen oder die Festnahme vorzunehmen.

(2) Wird die Einstellung der Verfolgung nicht verlangt und können die örtlichen Behörden nicht rechtzeitig herangezogen werden, dürfen die nacheilenden Beamten die Person nach Maßgabe des nationalen Rechts der anderen Vertragspartei festhalten, bis die Beamten der anderen Vertragspartei, die unverzüglich zu unterrichten sind, die Identitätsfeststellung oder die Festnahme vornehmen.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Nacheile wird ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung ausgeübt. Das Überschreiten der Grenze darf auch außerhalb von Grenzübergängen und festgesetzten Verkehrsstunden erfolgen.

(4) Die Nacheile darf nur unter folgenden Voraussetzungen ausgeübt werden:

- a) Die nacheilenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sie auftreten, gebunden; sie haben die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
- b) Die eingesetzten Fahrzeuge sind hinsichtlich der Befreiung von Verkehrsverboten und Verkehrsbeschränkungen den Fahrzeugen der Sicherheitsbehörden der Vertragspartei gleichgestellt, auf deren Hoheitsgebiet sie im Einsatz sind. Es können Signale gesetzt werden, soweit dies zur Durchführung der Nacheile geboten ist.
- c) Die nacheilenden Beamten müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion nachzuweisen.
- d) Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftszeit betreten werden.
- e) Zur Durchführung der Nacheile notwendige technische Mittel dürfen im erforderlichen Umfang eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Nacheile fortgesetzt wird, zulässig ist. Die zum Einsatz gelangenden technischen Mittel sind den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bekannt zu geben.
- f) Die nacheilenden Beamten müssen als solche eindeutig erkennbar sein, wie zum Beispiel durch eine Dienstuniform, besondere Kennzeichen oder durch an dem Fahrzeug angebrachte Zusatzeinrichtungen; das Tragen von Zivilkleidung unter Benutzung eines nicht als solches erkennbaren Polizeifahrzeuges ist nicht zulässig.
- g) Die nach Absatz 2 ergriffene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die örtlichen Behörden lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Es dürfen ihr sofern erforderlich Handschellen angelegt werden. Die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen der örtlich zuständigen Behörde vorläufig sichergestellt werden. Zusammen mit der Person werden auch jene Gegenstände, die vorläufig sichergestellt worden sind, an die örtlich zuständige Behörde übergeben.

h) Die nachteilenden Beamten melden sich nach jedem Einschreiten gemäß den Absätzen 1 und 2 unverzüglich bei den örtlich zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei und erstatten Bericht. Auf Ersuchen dieser Behörden sind sie verpflichtet, sich bis zur Klärung des Sachverhalts an Ort und Stelle für die unbedingt erforderliche Zeit bereitzuhalten. Gleiches gilt, wenn die verfolgte Person nicht festgenommen werden konnte.

(5) Die Person, die nach Absatz 2 durch Organe der zuständigen Behörden festgenommen wurde, kann nach Maßgabe des Rechts der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sie aufgegriffen wurde, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit zum Zwecke der Vernehmung festgehalten werden. Hat die Person nicht die Staatsangehörigkeit der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sie aufgegriffen wurde, ist sie spätestens sechs Stunden nach ihrer Ergreifung freizulassen, wobei die Stunden zwischen Mitternacht und neun Uhr nicht mitzählen, es sei denn, die örtlich zuständigen Behörden erhalten vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zwecke der Auslieferung. Nationale Regelungen, die aus anderen Gründen die Anordnung von Haft oder eine vorläufige Festnahme ermöglichen, bleiben unberührt.

(6) In Fällen von übergeordneter Bedeutung oder wenn die Nachteile über das Grenzgebiet gemäß Artikel 3 Absatz 7 hinausgegangen ist, sind die nationalen Zentralstellen über die erfolgte Nachteile zu unterrichten.

(7) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nachteile sind zu benachrichtigen:

in der Republik Österreich die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Burgenland oder die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich entsprechend der örtlichen Zuständigkeit,

in der Slowakischen Republik die Kreispolizeidirektion des Polizeikorps in Bratislava oder die Kreispolizeidirektion des Polizeikorps in Trnava entsprechend der örtlichen Zuständigkeit.

Artikel 9
Kontrollierte Lieferung

(1) Auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei kann die ersuchte Vertragspartei die kontrollierte Lieferung, das heißt die kontrollierte Einfuhr in ihr Hoheitsgebiet, die kontrollierte Durchfuhr oder die kontrollierte Ausfuhr, insbesondere bei unerlaubtem Handel mit Suchtmitteln, Waffen, Sprengmitteln, Falschgeld, Diebesgut und bei Hehleri sowie bei Geldwäscherei, gestatten, wenn nach Ansicht der ersuchenden Vertragspartei auf andere Weise die Ermittlung von Auftraggebern und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen aussichtslos wäre oder wesentlich erschwert würde. Die kontrollierte Lieferung kann nach Absprache zwischen den Vertragsparteien abgefangen und derart zur Weiterbeförderung freigegeben werden, dass sie unangetastet bleibt, entfernt oder ganz oder teilweise ersetzt wird. Wenn von der Ware ein nicht vertretbares Risiko für die am Transport beteiligten Personen oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, wird die kontrollierte Lieferung von der ersuchten Vertragspartei beschränkt oder abgelehnt.

(2) Die ersuchte Vertragspartei übernimmt die Kontrolle der Lieferung beim Grenzübertritt, um eine Kontrollunterbrechung zu vermeiden. Sie stellt im weiteren Verlauf des Transportes dessen ständige Überwachung in der Form sicher, dass sie zu jeder Zeit die Möglichkeit des Zugriffs auf die Täter oder die Lieferung hat. Bedienstete der ersuchenden Vertragspartei können in Absprache mit der ersuchten Vertragspartei die kontrollierte Lieferung nach der Übernahme zusammen mit den übernehmenden Beamten der ersuchten Vertragspartei ohne Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse weiter begleiten. Sie sind hierbei an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht der ersuchten Vertragspartei gebunden; sie haben die Anordnungen der Behörden der ersuchten Vertragspartei zu befolgen.

(3) Ersuchen um kontrollierte Lieferungen, die in einem dritten Staat beginnen oder fortgesetzt werden, wird nur stattgegeben, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 vom dritten Staat gewährleistet ist.

(4) Artikel 7 Absatz 4 lit. b, c, d, f und g gilt entsprechend.

(5) Ersuchen nach Absatz 1 sind zu richten:

in der Republik Österreich an das Bundesministerium für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, in Fällen der kontrollierten Ausfuhr unter gleichzeitiger Unterrichtung des Bundesministeriums für Inneres/Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, an die Staatsanwaltschaft, in deren Sprengel die Lieferung beginnt,

in der Slowakischen Republik an das Innenministerium/Präsidium des Polizeikorps und die sachlich und örtlich zuständige Behörde der Staatsanwaltschaft.

Artikel 10

Verdeckte Ermittlungen zur Aufklärung von Straftaten

(1) Auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens einer Vertragspartei kann die andere Vertragspartei dem Einsatz von Beamten der ersuchenden Vertragspartei zur Aufklärung von Straftaten unter einer ihnen verliehenen veränderten Identität (verdeckte Ermittler) auf dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei zustimmen, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine Straftat vorliegt, für die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht der Einsatz verdeckter Ermittler zulässig ist. Die erteilte Zustimmung gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei. Die ersuchende Vertragspartei stellt das Ersuchen nur dann, wenn die Aufklärung des Sachverhalts ohne die geplanten Ermittlungsmaßnahmen aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) Die Ermittlungen im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze. Verdeckte Ermittlungen können jeweils für die Dauer von bis zu einem Monat bewilligt werden, mit der Möglichkeit weiterer Verlängerungen. Die Vorbereitung der Einsätze erfolgt in enger Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden der Vertragsparteien. Die Leitung der Einsätze obliegt einem Beamten der ersuchten Vertragspartei; das Handeln der Beamten der ersuchenden Vertragspartei ist der ersuchten Vertragspartei zuzurechnen. Auf Verlangen der ersuchten Vertragspartei sind die Ermittlungen zu beenden.

(3) Der Einsatz verdeckter Ermittler, die Bedingungen, unter denen er stattfindet, sowie die Maßgaben für die Verwendung der Ermittlungsergebnisse werden von der ersuchten Vertragspartei unter Beachtung ihrer nationalen Rechtsvorschriften festgelegt. Die ersuchende Vertragspartei wird von der ersuchten Vertragspartei hierüber unterrichtet.

(4) Die ersuchte Vertragspartei leistet die notwendige personelle, logistische und technische Unterstützung und ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beamten der ersuchenden Vertragspartei während ihres Einsatzes im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei zu schützen.

(5) Das Ersuchen gemäß Absatz 1 ist an die nationale Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle an die zuständige Bewilligungsbehörde zu richten. Die Vertragsparteien teilen einander die zuständigen Bewilligungsbehörden mit.

(6) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.

(7) Die Vertragsparteien können einander verdeckte Ermittler zur Verfügung stellen, die im Auftrag und unter Leitung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei tätig werden.

Artikel 11

Verdeckte Ermittlungen zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung

(1) Soweit es das jeweilige nationale Recht zulässt, können verdeckte Ermittlungen zur Verhinderung von auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeführt werden, wenn diese der grenzüberschreitenden verdeckten Ermittlung auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat.

(2) Artikel 10 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absätze 2 bis 7 gelten entsprechend.

Artikel 12

Gemeinsame Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen; grenzüberschreitende Fahndungsaktionen

(1) Zur Intensivierung der Zusammenarbeit bilden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bei Bedarf gemischt besetzte Analyse- und sonstige Arbeitsgruppen sowie Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen, in denen Beamte einer Vertragspartei bei Einsätzen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne selbständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse beratend und unterstützend tätig werden.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien in den Grenzgebieten gemäß Artikel 3 Absatz 7 beteiligen sich an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen nach flüchtigen Straftätern. In Fällen von überregionaler Bedeutung sind die nationalen Zentralstellen zu beteiligen.

Artikel 13

Entsendung von Verbindungsbeamten

(1) Eine Vertragspartei kann mit Zustimmung der Zentralstelle der anderen Vertragspartei zu deren Sicherheitsbehörden Verbindungsbeamte entsenden.

(2) Die Verbindungsbeamten werden ohne selbständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufträge im Rahmen der Weisungen des Entsendestaates unter Berücksichtigung der Ersuchen des Empfangsstaates.

(3) In einen dritten Staat entsandte Verbindungsbeamte können im gegenseitigen Einvernehmen der Zentralstellen auch die Interessen der anderen Vertragspartei wahrnehmen.

Artikel 14

Gemischter Streifendienst entlang der Grenze

(1) Zwecks Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, zur Bekämpfung von Straftaten sowie zur Grenzüberwachung sind die Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien befugt, bis zu einer Entfernung von 10 Kilometern entlang der Staatsgrenze einen gemischten Streifendienst durchzuführen.

(2) In Ausübung des gemischten Streifendienstes sind auch die Beamten der anderen Vertragspartei befugt, die Identität von Personen festzustellen und diese, sofern sie sich der Kontrolle zu entziehen suchen, nach Maßgabe des nationalen Rechts der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Amtshandlung erfolgt, anzuhalten.

(3) Andere Zwangsmaßnahmen vorzunehmen, sind nur Beamte der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet eingeschritten wird, berechtigt, es sei denn, dass der Erfolg der Amtshandlung ohne Einschreiten der Beamten der anderen Vertragspartei gefährdet wäre oder erheblich erschwert würde.

(4) Auf die Durchführung der Amtshandlungen ist das Recht jener Vertragspartei anzuwenden, auf deren Hoheitsgebiet die Beamten tätig werden.

Artikel 15

Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen

(1) Im Rahmen der von diesem Vertrag umfassten Einsätze dürfen auch Wasserfahrzeuge sowie nach Abstimmung der zuständigen Sicherheitsbehörden auch Luftfahrzeuge eingesetzt werden.

(2) Beim Einsatz von Luftfahrzeugen der Sicherheitsbehörden kann von den Bestimmungen betreffend kontrollierte Lufträume und Luftraumbeschränkungen abgewichen werden, soweit dies zur Erfüllung der Einsätze gemäß Absatz 1 unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist. Von den Vorschriften über das Verhalten im Luftraum darf nur abgewichen werden, soweit dies zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben zwingend notwendig ist. Jede Vertragspartei gestattet, dass die Luftfahrzeuge, die gemäß Absatz 1 vom Hoheitsgebiet der anderen

Vertragspartei aus eingesetzt werden, auch außerhalb von Flugplätzen und genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen dürfen.

(3) Soweit möglich vor Beginn, spätestens aber während des Einsatzes von Luftfahrzeugen gemäß Absatz 1, sind der jeweils zuständigen Flugsicherungsstelle unverzüglich möglichst genaue Angaben über Art und Kennzeichnung des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf diesen Vertrag zu enthalten.

(4) Die Luftfahrzeuge müssen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von dem aus sie eingesetzt werden, für die jeweilige Einsatzart zugelassen sein.

(5) Beim Einsatz von Wasserfahrzeugen sind die Beamten von den Verkehrsordnungen für die Binnenschifffahrt im selben Umfang wie die Beamten der Sicherheitsbehörden der Vertragspartei befreit, auf deren Hoheitsgebiet sie im Einsatz sind. Sie sind befugt, Tag- beziehungsweise Nachtbezeichnungen zu führen, soweit dies zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben dringend geboten ist und die Sicherheit der Schifffahrt und von Personen nicht beeinträchtigt wird.

Kapitel IV

Verkehrspolizeiliche Amtshilfe

Artikel 16

Zusammenarbeit bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr

(1) Verkehrspolizeiliche Amtshilfe im Sinne dieses Vertrages umfasst insbesondere

a) die gegenseitige Information über für den Straßenverkehr wichtige Umstände, wie Verkehrsdichte, Verkehrsstörungen, außerordentliche Witterungseinflüsse und Maßnahmen, wie Verkehrslenkungs- und Verkehrsbeschränkungsmaßnahmen, die im Interesse eines reibungslosen Verkehrsablaufes und zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Kraftfahrzeugverkehrs durchgeführt werden;

- b) die gegenseitige Information über die im Zuge der verkehrspolizeilichen Arbeit gewonnenen Erfahrungen;
- c) den Erfahrungsaustausch in Verkehrssicherheitsfragen.

(2) Die gegenseitige Information erfolgt in den Fällen des Absatzes 1 lit. a) mündlich oder schriftlich, in den Fällen des Absatzes 1 lit. b) und c) grundsätzlich schriftlich.

Artikel 17

Durchführung der verkehrspolizeilichen Amtshilfe

(1) In Angelegenheiten der verkehrspolizeilichen Amtshilfe erfolgt die gegenseitige Information und der gesamte Schriftverkehr unmittelbar zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Innenministerium der Slowakischen Republik und in den Fällen des Artikels 16 Absatz 1 lit. a) auch zwischen den anderen innerstaatlich zuständigen Behörden.

(2) Die Vertragsparteien werden einander die zuständigen Behörden und Dienststellen mitteilen, die ebenfalls einen Informationsaustausch gemäß Artikel 16 Absatz 1 lit. a) durchführen.

Kapitel V

Gemeinsame Kontaktstellen

Artikel 18

Zusammenarbeit in gemeinsamen Kontaktstellen

(1) Zur Erleichterung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien können gemeinsame Kontaktstellen eingerichtet werden.

(2) In den gemeinsamen Kontaktstellen arbeiten Beamte der Sicherheitsbehörden beider Vertragsparteien im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um - unbeschadet des Dienstverkehrs und des Informationsaustausches über die nationalen Zentralstellen - Informationen auszutauschen, zu

analysieren und weiterzuleiten sowie bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mitzuwirken.

(3) Die Unterstützungsfunktion kann auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Übergabe von Personen auf der Grundlage der zwischen den Vertragsparteien geltenden Übereinkünfte umfassen.

(4) Den gemeinsamen Kontaktstellen obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze. Die Beamten in den gemeinsamen Kontaktstellen unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden.

(5) Die Einrichtung gemeinsamer Kontaktstellen sowie die Modalitäten der Zusammenarbeit und die gleichmäßige Verteilung der Kosten werden in gesonderten Vereinbarungen geregelt.

Kapitel VI

Schutz personenbezogener Daten

Artikel 19

Grundsatz

Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird, richtet sich die Verarbeitung personenbezogener Daten, die aufgrund dieses Vertrages übermittelt werden, nach den angegebenen Zwecken, den von der übermittelnden Stelle allenfalls festgelegten Bedingungen sowie den im Empfängerstaat für die Verarbeitung von Personendaten maßgeblichen Vorschriften.

Artikel 20

Zweckbindung

(1) Personenbezogene Daten, die aufgrund dieses Vertrages übermittelt worden sind, dürfen vom Empfänger nur mit Zustimmung der übermittelnden Stelle zu anderen als den der Übermittlung zugrundeliegenden Zwecken verarbeitet werden. Die

Zulässigkeit der Erteilung einer Zustimmung richtet sich nach dem für die übermittelnde Stelle geltenden nationalen Recht.

(2) Personenbezogene Daten, die zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten übermittelt worden sind, dürfen ohne Zustimmung der übermittelnden Stelle zur Verfolgung schwerer Straftaten verarbeitet werden. Ebenso dürfen personenbezogene Daten, die für Zwecke der Strafverfolgung übermittelt worden sind, ohne Zustimmung der übermittelnden Stelle zur Verhütung von schweren Straftaten und zur Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verarbeitet werden.

Artikel 21

Pflicht zur Richtigstellung und Vernichtung

(1) Personenbezogene Daten, die aufgrund dieses Vertrages übermittelt worden sind, sind zu vernichten, wenn

- a) sich die Unrichtigkeit der übermittelten Daten ergibt;
- b) die übermittelnde Sicherheitsbehörde dem Empfänger mitteilt, die Beschaffung oder Übermittlung der Daten sei rechtswidrig erfolgt;
- c) sich herausstellt, dass die Daten nicht oder nicht mehr zur Erfüllung der für die Übermittlung maßgeblichen Aufgabe benötigt werden, es sei denn, es liegt eine ausdrückliche Ermächtigung zur Datenverarbeitung für andere Zwecke vor.

(2) Die übermittelnde Stelle teilt dem Empfänger allfällige besondere Aufbewahrungsfristen mit, an die sich der Empfänger zu halten hat.

Artikel 22

Verständigung über die Datenverarbeitung

(1) Auf Ersuchen der übermittelnden Stelle erteilt der Empfänger Auskunft über jegliche Verarbeitung der übermittelten personenbezogenen Daten.

(2) Stellt die Sicherheitsbehörde einer Vertragspartei, die Personendaten aufgrund dieses Vertrages übermittelt hat, fest, dass die übermittelten Daten unrichtig oder infolge unrechtmäßiger Verarbeitung richtig zu stellen oder zu vernichten sind, hat sie den Empfänger unverzüglich darauf hinzuweisen.

(3) Stellt der Empfänger eine unrechtmäßige Verarbeitung übermittelter personenbezogener Daten fest, hat er die übermittelnde Stelle ebenfalls unverzüglich darauf hinzuweisen.

Artikel 23

Protokollierung

(1) Die übermittelnde Sicherheitsbehörde und der Empfänger sind verpflichtet, mindestens Anlass, Inhalt, Empfangsstelle und Zeitpunkt der Übermittlung personenbezogener Daten festzuhalten. Übermittlungen im Online-Verfahren sind automationsunterstützt zu protokollieren.

(2) Die Protokollaufzeichnungen sind mindestens drei Jahre aufzubewahren.

(3) Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Kontrolle, ob die maßgeblichen Datenschutzvorschriften eingehalten worden sind, verwendet werden.

Artikel 24

Auskunftserteilung, Richtigstellung oder Löschung

(1) Das Recht des Betroffenen, auf schriftlichen Antrag über die zu seiner Person verarbeiteten Daten Auskunft zu erhalten oder deren Richtigstellung oder Löschung zu erwirken, richtet sich nach dem nationalen Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Antrag gestellt wird.

(2) Vor der Entscheidung über einen derartigen Antrag hat der Empfänger der übermittelnden Stelle die Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.

Kapitel VII

Rechtsverhältnisse bei Amtshandlungen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei

Artikel 25

Einreise, Ausreise und Aufenthalt

Bediensteten der Vertragsparteien, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig werden, werden Einreise, Aufenthalt und Ausreise aufgrund eines gültigen Dienstausweises gestattet.

Artikel 26

Uniformen, Dienstwaffen sowie Funk- und Radioeinrichtungen

(1) Werden Beamte nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig, sind sie befugt, Dienstuniform zu tragen und ihre Dienstwaffen sowie sonstige Zwangsmittel mitzuführen, es sei denn, die andere Vertragspartei teilt im Einzelfall mit, dass sie dies nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zulässt.

(2) Der Gebrauch von Schusswaffen ist nur im Fall der Notwehr einschließlich der Nothilfe zulässig.

(3) Bei der Aufgabenerfüllung gemäß diesem Vertrag in der Zone 15 Kilometer von der Staatsgrenze können die Beamten ihre Funk- und Radioeinrichtungen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verwenden, falls der ungestörte Betrieb des Funksystems dieser Vertragspartei gesichert ist.

Artikel 27

Dienstverhältnisse

Die Beamten der Vertragsparteien bleiben in bezug auf ihr Dienst- oder Anstellungsverhältnis sowie in disziplinarrechtlicher Hinsicht den nationalen Vorschriften unterworfen.

Artikel 28

Haftung

(1) Verursachen Beamte einer Vertragspartei in Vollziehung dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einen Schaden, haftet diese gegenüber den geschädigten Dritten unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang, wie wenn eigene sachlich und örtlich zuständige Beamte den Schaden verursacht hätten.

(2) Die Vertragspartei, die an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger Schadenersatz geleistet hat, erhält diesen von der anderen Vertragspartei erstattet, es sei denn, dass der Einsatz auf ihr Ersuchen erfolgt ist. Bei Schäden zu Lasten der Vertragsparteien wird darauf verzichtet, den erlittenen Schaden geltend zu machen, es sei denn, dass die Beamten den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.

Artikel 29

Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei tätig werden, sind in bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten der Vertragspartei gleichgestellt, auf deren Hoheitsgebiet sie tätig werden.

Kapitel VIII

Einbeziehung der Zollverwaltung

Artikel 30

Befugnisse der Zollorgane

(1) Soweit die Zollorgane der Vertragsparteien sicherheitspolizeiliche oder kriminalpolizeiliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung ihrer Befugnisse wahrnehmen, stehen sie im Rahmen dieses Vertrages den Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien gleich.

(2) Soweit Zollorganen der Republik Österreich die Durchführung der durch Sicherheitsorgane zu versehenden Grenzkontrolle übertragen wurde, können sie auch für den gemischten Streifendienst gemäß Artikel 14 eingesetzt werden.

Kapitel IX

Durchführungs- und Schlussbestimmungen

Artikel 31

Ablehnung im Einzelfall

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme gemäß diesem Vertrag geeignet ist, die Souveränität einzuschränken oder die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden, so teilt sie der anderen Vertragspartei mit, dass sie die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigert oder von bestimmten Bedingungen abhängig macht.

Artikel 32

Zusammenkunft von Experten

Jede Vertragspartei kann die Zusammenkunft von Experten verlangen, um Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung dieses Vertrages einer Lösung zuzuführen und Vorschläge zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit zu unterbreiten.

Artikel 33

Durchführungsprotokolle, Änderungen und Mitteilungen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können auf Grund dieses Vertrages Durchführungsprotokolle abschließen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien zeigen einander Änderungen der Zuständigkeit oder der Bezeichnung der in diesem Vertrag genannten Behörden an.

Artikel 34

Kosten

Jede Vertragspartei trägt die ihren Behörden aus der Anwendung dieses Vertrages entstehenden Kosten selbst.

Artikel 35

Verhältnis zu anderen internationalen Vereinbarungen

(1) Durch diesen Vertrag werden sonstige zwei- oder mehrseitige bindende Übereinkommen nicht berührt.

(2) Sobald das Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen auch im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien gilt, wird der gegenständliche Vertrag als Ergänzung behandelt werden.

Artikel 36

**Vorbehalt des nationalen Rechts
in Fiskal- und Zollsachen**

(1) Dieser Vertrag ist auf Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen nicht anzuwenden.

(2) Informationen, die im Rahmen einer Zusammenarbeit gemäß diesem Vertrag erlangt worden sind, dürfen zur Festsetzung von Abgaben, Steuern und Zöllen sowie in Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen nicht verwendet werden, es sei denn, dass die ersuchte Vertragspartei diese Informationen für ein solches Verfahren zur Verfügung gestellt hat.

Artikel 37

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich ausgetauscht. Der Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei jederzeit auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. Der Vertrag tritt sechs Monate nach Erhalt der Kündigung außer Kraft.

(3) Die Vertragsparteien können zeitweilig den Vollzug dieses Vertrages zur Gänze oder zum Teil aussetzen, falls dies die Gewährleistung der Staatssicherheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder die Gesundheit der Bürger erfordert. Das Treffen oder die Rücknahme einer solchen Maßnahme werden einander die Vertragsparteien unverzüglich mitteilen. Das Aussetzen des Vollzuges dieses Vertrages und seine Rücknahme werden am Tag der Zustellung einer solchen Mitteilung wirksam.

(4) Die Registrierung des Vertrages beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen wird von der österreichischen Seite wahrgenommen.

Artikel 38

Beendigung der Geltung eines früheren Abkommens

Am Tage des In-Kraft-Tretens dieses Vertrages tritt das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Aufklärung gerichtlich strafbarer Handlungen sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr vom 21. Juni 1988 in der Fassung des Notenwechsels zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik betreffend die Weiteranwendung bestimmter österreichisch-tschechoslowakischer Staatsverträge vom 22. Dezember 1993 und 14. Jänner 1994 außer Kraft.

Geschehen zu Wien am 13. Februar 2004 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

Strasser

Für die Slowakische
Republik:

Palko

[SLOVAK TEXT – TEXTE SLOVAQUE]

Z M L U V A

medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou o polícajnej spolupráci

Slovenská republika
a
Rakúska republika

ďalej len „zmluvné strany“ s cieľom spolupracovať pri realizácii spoločných bezpečnostných záujmov,

vedené spoločnou vôľou v rámci bezpečnostného partnerstva účinne bojovať proti cezhraničným ohrozeniam verejnej bezpečnosti a poriadku, ako aj medzinárodnej kriminalite,

s úmyslom ďalej všestranne rozvíjať predovšetkým úzku policajnú, hranično-policajnú a dopravno-policajnú spoluprácu,

v snahe o ďalšie prehĺbenie poskytovania administratívnej policajnej pomoci,

dohodli sa t a k t o:

Kapitola I Základné ustanovenia

Článok 1 Predmet zmluvy

Zmluvné strany v súlade so svojimi vnútroštátnymi právnymi poriadkami posilnia spoluprácu pri odvracaní ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku, ako aj pri predchádzaní a stíhaní trestných činov a vzájomne sa podporia prostredníctvom dopravno-polícajnej administratívnej pomoci, ak táto zmluva neustanovuje inak. Pravidlá medzinárodnej spolupráce v oblasti boja proti kriminalite prostredníctvom národných ústrední, najmä v rámci Medzinárodnej organizácie kriminálnej polície (ICPO - Interpol) nie sú touto zmluvou dotknuté.

Článok 2 Spoločná bezpečnostná analýza

Zmluvné strany sa snažia o čo najjednoduchšiu úroveň informácií o bezpečnostnej situácii. Na tento účel si vymieňajú pravidelné a príležitostné situačné správy a najmenej raz ročne spoločne analyzujú ťažiskové body bezpečnostnej situácie.

Kapitola II Všeobecné ustanovenia o policajnej spolupráci

Článok 3 Spolupráca na základe žiadosti

(1) Bezpečnostné orgány zmluvných strán si v rámci svojich právomocí navzájom poskytujú administratívnu pomoc na základe žiadostí na účel odvrátenia ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku, ako aj pri predchádzaní a boji proti trestnej činnosti, ak táto žiadosť alebo jej vybavenie podľa vnútroštátneho právneho poriadku nepatria do pôsobnosti justičných orgánov.

(2) Písomné žiadosti podľa odseku 1 sa spravidla bezprostredne zasielajú a vybavujú národnými ústredňami zmluvných strán. Ak vybavenie žiadosti nie je v právomoci požiadaného orgánu, postúpi ju vecne príslušnému orgánu.

(3) Doručovanie žiadosti a odpoveď na ňu sa môže uskutočniť priamo medzi príslušnými bezpečnostnými orgánmi zmluvných strán, ak:

- a) sa cezhraničný služobný styk vzťahuje na trestné činy, pri ktorých ťažisko skutku a jeho stíhanie patrí do pôsobnosti príslušných orgánov v hraničných oblastiach určených v odseku 7, alebo
- b) sa žiadosť o pomoc pri odvracaní bezprostredného ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku nedá podať včas služobnou cestou prostredníctvom národných ústrední.

(4) Žiadosti podľa odsekov 1 až 3 sa týkajú najmä:

- a) údajov o majiteľoch, držiteľoch, vodičoch a pilotoch vozidiel, plavidiel a lietadiel,
- b) údajov o vodičských preukazoch, oprávneniach na vedenie lodí, ako aj o porovnateľných oprávneniach,
- c) údajov o pobyte, miestach pobytu, ako aj o oprávneniach na pobyt,
- d) zistenia majiteľov telefónnych prípojk alebo iných telekomunikačných zariadení,
- e) informácií o totožnosti osôb,
- f) informácií o pôvode vecí, napríklad zbraní, vozidiel a plavidiel,
- g) vykonania prvotných pátracích opatrení,
- h) sledovacích opatrení, kontrolovaných dodávok a použitia agenta,
- i) informovania pri cezhraničnom prenasledovaní,
- j) zistení, či je svedok ochotný vypovedať v súvislosti s prípravou žiadosti o právnu pomoc,
- k) podaných vysvetlení a policajných výsluchov,
- l) vyhľadávania, zaistenia, vyhodnotenia a porovnania stôp.

(5) Bezpečnostné orgány si takisto môžu navzájom predkladať žiadosti na základe poverenia príslušných justičných orgánov a podľa odseku 2 si ich doručujú a vybavujú ich.

(6) Na poskytovanie informácií národných ústrední o prijatých a odoslaných priamych žiadostiach sa použijú ustanovenia vnútroštátneho právneho poriadku.

(7) Za hraničné oblasti sa podľa tejto zmluvy považujú:

v Slovenskej republike oblasť pôsobnosti Krajského riaditeľstva Policajného zboru v Bratislave, oblasť pôsobnosti Krajského riaditeľstva Policajného zboru v Trnave;

v Rakúskej republike oblasť pôsobnosti Bezpečnostného riaditeľstva pre spolkovú krajinu Burgenland, oblasť pôsobnosti Bezpečnostného riaditeľstva pre spolkovú krajinu Dolné Rakúsko, oblasť pôsobnosti Spolkového policajného riaditeľstva Viedeň.

(8) Bezpečnostnými orgánmi podľa tejto zmluvy sú:

v Slovenskej republike ministerstvo vnútra ako národná ústredňa, krajské a okresné riaditeľstvá Policajného zboru, Úrad hraničnej a cudzineckej polície Prezídia Policajného zboru, Colné riaditeľstvo Slovenskej republiky, ministerstvo dopravy, pôšt a telekomunikácií – Generálne riaditeľstvo Železničnej polície;

v Rakúskej republike spolkový minister vnútra ako národná ústredňa, bezpečnostné riaditeľstvá, spolkové policajné riaditeľstvá a mimo oblastí miestnej príslušnosti spolkových policajných riaditeľstiev okresné správne orgány.

Článok 4

Administratívna pomoc v naliehavých prípadoch

(1) Ak nie je možné podať žiadosť prostredníctvom príslušných justičných orgánov včas bez toho, aby bol ohrozený úspech konania, môžu sa bezpečnostné orgány jednej zmluvnej strany obrátiť so žiadosťami o zaistenie stôp, dôkazov, vykonanie telesných prehliadok, prehliadok osôb a domových prehliadok alebo so žiadosťami o predbežné zatknutie priamo na bezpečnostné orgány druhej zmluvnej strany. Ustanovenie článku 3 ods. 2 sa použije primerane.

(2) Bezpečnostné orgány zmluvných strán informujú príslušné justičné orgány svojej zmluvnej strany o obdržaní a zaslaní žiadosti uvedenej v odseku 1. Na doručenie výsledkov vykonaných opatrení žiadajúcej zmluvnej strane je potrebná formálna žiadosť justičných orgánov o právnu pomoc. Ak je takéto doručenie s úrne podľa odseku 1, je požiadaný bezpečnostný orgán oprávnený so súhlasom príslušného justičného orgánu svojej zmluvnej strany doručiť výsledky bezprostredne žiadajúcemu bezpečnostnému orgánu.

Článok 5

Zasielanie informácií bez žiadosti

Bezpečnostné orgány zmluvných strán si v jednotlivých prípadoch navzájom bez predchádzajúcej žiadosti oznámia informácie, ktoré môžu mať pre príjemcu podporný význam pri odvracaní konkrétneho ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku, alebo pri predchádzaní a boji proti trestnej činnosti. Pre výmenu informácií sa primerane použije článok 3 ods. 2, 3 a 6.

Článok 6

Vzdelávanie a ďalšie vzdelávanie

Zmluvné strany spolupracujú pri vzdelávaní a ďalšom vzdelávaní predovšetkým najmä:

- a) vzájomnou výmenou učebných osnov pre vzdelávanie a ďalšie vzdelávanie a zvažovaním vzájomného preberania obsahu vzdelávania a ďalšieho vzdelávania,
- b) realizáciou spoločných seminárov vzdelávania a ďalšieho vzdelávania, ako aj cezhraničných cvičení v oblasti spolupráce podľa tejto zmluvy,
- c) pozývaním zástupcov druhej zmluvnej strany ako pozorovateľov na výcvikové podujatia a mimoriadne nasadenia,
- d) účasťou zástupcov druhej zmluvnej strany na kurzoch ďalšieho vzdelávania.

Kapitola III

Zvláštne formy policajnej spolupráce

Článok 7 Cezhraničné sledovanie

(1) Pracovníci bezpečnostných orgánov jednej zmluvnej strany, ktorí v rámci vyšetrovania trestného činu podliehajúceho vydávaniu na území druhej zmluvnej strany, sú oprávnení pokračovať v sledovaní na výsosťnom území požiadanej zmluvnej strany, ak táto s cezhraničným sledovaním súhlasila na základe vopred podanej žiadosti; to isté platí pre sledovanie s cieľom zabezpečenia výkonu trestu. Súhlas môže byť viazaný na splnenie podmienok. Na žiadosť bezpečnostného orgánu zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa sledovanie vykonáva, sa sledovanie odovzdá jeho pracovníkom. Žiadosť podľa prvej vety sa zasiela orgánu označenému požiadanou zmluvnou stranou, ktorý je oprávnený žiadaný súhlas udeliť alebo doručiť. Udelený súhlas platí vždy pre celé výsosťné územie. Prekročenie štátnej hranice je povolené aj mimo hraničných priechodov a určených prevádzkových hodín.

(2) Ak v zvlášť naliehavých prípadoch nemožno druhú zmluvnú stranu vopred požiadať o súhlas s cezhraničným sledovaním, je možné pokračovať v sledovaní cez štátnu hranicu za podmienky, že prechod štátnej hranice bude bezodkladne, ešte počas sledovania, oznámený príslušnému orgánu zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sledovanie pokračuje. Príslušnými orgánmi sú:

v Slovenskej republike Krajské riaditeľstvo Policajného zboru v Bratislave, Krajské riaditeľstvo Policajného zboru v Trnave a Úrad hraničnej a cudzineckej polície Prezídia Policajného zboru podľa ich miestnej príslušnosti;

v Rakúskej republike Bezpečnostné riaditeľstvo pre Spolkovú krajinu Burgenland, Bezpečnostné riaditeľstvo pre Spolkovú krajinu Dolné Rakúsko podľa ich miestnej príslušnosti.

(3) V prípadoch podľa odseku 2 musí byť bezodkladne doručená žiadosť podľa odseku 1, v ktorej budú zároveň uvedené dôvody prekročenia štátnej hranice bez predchádzajúceho súhlasu. Sledovanie musí byť zastavené, ak o to požiadava zmluvná strana, na ktorej výsosťnom území sa sledovanie na základe oznámenia alebo žiadosti uskutočňuje, alebo ak súhlas nebude udelený do dvanástich (12) hodín od prekročenia štátnej hranice.

(4) Sledovanie podľa odsekov 1 a 2 je prípustné výlučne za týchto podmienok:

- a) pracovníci vykonávajúci sledovanie sú viazaní ustanoveniami tohto článku a vnútroštátnym právnym poriadkom zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území vykonávajú sledovanie; sú povinní dodržiavať pokyny miestne príslušných orgánov tejto zmluvnej strany,
- b) nasadené vozidlá sú vo vzťahu k oslobodeniu od dopravných zákazov a dopravných obmedzení postavené na rovnakú úroveň ako vozidlá bezpečnostných orgánov zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sú nasadené; ak je to na vykonanie sledovania potrebné, môžu byť použité signálne zariadenia,
- c) pracovníci vykonávajúci sledovanie musia byť vždy schopní preukázať svoje služobné postavenie,
- d) nie je prípustné, aby pracovníci vykonávajúci sledovanie vstupovali do obydľí a na miesta verejnosti neprístupné; do verejnosti prístupných pracovných, prevádzkových a

obchodných priestorov je možné vstupovať v priebehu pracovných, prevádzkových a obchodných hodín,

- e) o každom sledovaní sa príslušným orgánom zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa sledovanie uskutočnilo podá správa; pritom možno požadovať osobnú účasť pracovníkov vykonávajúcich sledovanie,
- f) orgány zmluvnej strany, ku ktorej patria pracovníci vykonávajúci sledovanie, na požiadanie poskytnú pomoc pre potreby ďalšieho policajného a súdneho vyšetrovania zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa sledovanie uskutočnilo,
- g) na vykonanie sledovania môžu byť v potrebnom rozsahu použité technické prostriedky, ak je to prípustné podľa vnútroštátneho právneho poriadku zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa v sledovaní pokračuje; technické prostriedky použité pri sledovaní sa uvedú v žiadosti podľa odseku 1.

(5) Cezhraničné sledovanie sa môže, ak to pripúšťa vnútroštátny právny poriadok zmluvných strán a s primeraným použitím odsekov 1 až 4, vykonávať aj

- a) na zabránenie trestným činom spojeným s vydaním osoby,
- b) na zabránenie spáchania konkrétneho plánovaného trestného činu spojeného s vydaním osoby, ešte počas jeho prípravy alebo
- c) na odvrátenie trestnej činnosti páchanej zločineckou alebo organizovanou skupinou.

(6) Sledovanie podľa odseku 5 na základe predchádzajúceho súhlasu je prípustné iba, ak

- a) žiadosť nemôže byť podaná podľa odseku 1 v rámci vyšetrovacieho postupu a
- b) účel sledovania nemôže byť dosiahnutý prevzatím úradného výkonu orgánmi druhej zmluvnej strany alebo vytvorením spoločnej sledovacej skupiny podľa článku 12.

(7) Žiadosť pri cezhraničnom sledovaní podľa odsekov 1 a 5 sa zasiela:

v Slovenskej republike ministerstvu vnútra/Prezídium Policajného zboru;

v Rakúskej republike Spolkovému ministerstvu vnútra, Generálnemu riaditeľstvu pre verejnú bezpečnosť.

Článok 8 **Cezhraničné prenasledovanie**

(1) Pracovníci bezpečnostných orgánov zmluvnej strany, ktorí na území svojho štátu prenasledujú osobu, ktorá

- a) je pristihnutá pri spáchaní trestného činu, podozrivá z účasti na trestnom čine alebo stíhaná pre trestný čin, ktorý podlieha vydaniu aj na území druhej zmluvnej strany,
- b) ušla z výkonu väzby, z výkonu ústavného ochranného liečenia alebo z výkonu trestu odňatia slobody, ktorý jej bol uložený za trestný čin podliehajúci aj na území druhej zmluvnej strany vydaniu,

sú oprávnení pokračovať v prenasledovaní na výsosťnom území druhej zmluvnej strany bez

jej predchádzajúceho súhlasu, ak príslušné orgány tejto zmluvnej strany nemohli byť s ohľadom na mimoriadnu naliehavosť záležitosti informované vopred alebo ak nie sú včas na mieste, aby prenasledovanie prevzali. Pracovníci vykonávajúci prenasledovanie nadviažu bezodkladne, spravidla ešte pred prekročením štátnej hranice, spojenie s príslušným orgánom druhej zmluvnej strany. Prenasledovanie musí byť zastavené, akonáhle o to požiada zmluvná strana, na ktorej výsosťnom území sa má prenasledovanie vykonať alebo sa už vykonáva. Na žiadosť prenasledujúcich pracovníkov zadržia miestne príslušné orgány prenasledovanú osobu podľa vnútroštátneho právneho poriadku, aby zistili jej totožnosť alebo aby ju zatkli.

(2) Ak nie je požiadané o zastavenie prenasledovania a miestne príslušné orgány nemožno včas zapojiť, sú prenasledujúci pracovníci oprávnení osobu zadržať podľa vnútroštátneho právneho poriadku druhej zmluvnej strany, až kým pracovníci druhej zmluvnej strany, ktorí musia byť bezodkladne informovaní, nepristúpia k určeniu jej totožnosti alebo k jej zatknutiu.

(3) Prenasledovanie uvedené v odsekoch 1 a 2 sa vykonáva bez miestneho a časového obmedzenia. Štátnu hranicu možno prekročiť aj mimo hraničných priechodov a určených prevádzkových hodín.

(4) Prenasledovanie sa môže vykonávať za týchto podmienok:

- a) prenasledujúci pracovníci sú viazaní ustanoveniami tohto článku a vnútroštátnym právnym poriadkom zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území zasahujú; sú povinní dodržiavať pokyny jej miestne príslušných orgánov,
- b) nasadené vozidlá sú vo vzťahu k oslobodeniu od dopravných zákazov a dopravných obmedzení postavené na rovnakú úroveň ako vozidlá bezpečnostných orgánov zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sú nasadené; ak je to na vykonanie prenasledovania potrebné, môžu byť použité signálne zariadenia,
- c) prenasledujúci pracovníci musia byť vždy schopní preukázať svoje služobné postavenie,
- d) nie je prípustné, aby prenasledujúci pracovníci vstupovali do obydlí a na miesta verejnosti neprístupné; do verejnosti prístupných pracovných, prevádzkových a obchodných priestorov je možné vstupovať v priebehu pracovných, prevádzkových a obchodných hodín,
- e) na vykonanie prenasledovania môžu byť v potrebnom rozsahu použité technické prostriedky, ak je to prípustné podľa vnútroštátneho právneho poriadku zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa v prenasledovaní pokračuje; technické prostriedky použité pri prenasledovaní budú oznámené príslušným orgánom druhej zmluvnej strany,
- f) prenasledujúci pracovníci musia byť jednoznačne rozpoznateľní, napríklad služobnou rovnosťou, zvláštnym označením alebo doplnkovými zariadeniami pripojenými k vozidlám; nosenie civilného odevu pri súčasnom použití neoznačeného policajného vozidla bez prv uvedeného označenia nie je prípustné,
- g) prenasledovaná osoba, ktorá bola zadržaná podľa odseku 2, môže byť do doby jej odovzdania pracovníkom miestne príslušných orgánov podrobená iba bezpečnostnej prehliadke; zadržanej osobe môžu byť počas prepravy nasadené putá; predmety, ktoré má prenasledovaná osoba pri sebe alebo na sebe, môžu byť odobraté až do príchodu miestne príslušných orgánov; spolu s osobou sa odovzdajú aj predmety, ktoré jej boli odobraté,
- h) prenasledujúci pracovníci sa po každom zákroku podľa odsekov 1 a 2 bezodkladne hlásia miestne príslušným orgánom druhej zmluvnej strany a podávajú informáciu; na

požiadanie týchto orgánov sú povinní zotrvať na mieste až do objasnenia okolností zákroku na nevyhnutne potrebný čas; to platí aj vtedy, ak prenasledovaná osoba nemohla byť zadržaná.

(5) Osoba, ktorá bola podľa odseku 2 zadržaná útvarmi príslušných orgánov, môže byť podľa vnútroštátneho právneho poriadku zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území bola zadržaná a bez ohľadu na jej štátnu príslušnosť, zaistená na účel vypočutia. Ak osoba nemá štátne občianstvo zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území bola zadržaná, musí byť prepustená najneskôr šesť (6) hodín po zadržaní, pričom hodiny medzi poľnocou a deviatou hodinou sa nepočítajú, iba ak by miestne príslušné orgány pred uplynutím tejto lehoty dostali žiadosť o predbežné zadržanie tejto osoby na účel vydania. Týmto nie sú dotknuté vnútroštátne právne predpisy, ktoré umožňujú vzatie do väzby alebo predbežné zadržanie z iných dôvodov.

(6) V prípadoch osobitného zreteľa alebo ak prenasledovanie prekročí hraničnú oblasť podľa článku 3 ods. 7, musia byť o uskutočnenom prenasledovaní informované národné ústredne.

(7) V prípade cezhraničného prenasledovania musia byť informované:

v Slovenskej republike Krajské riaditeľstvo Policajného zboru v Bratislave alebo Krajské riaditeľstvo Policajného zboru v Trnave podľa ich miestnej príslušnosti;

v Rakúskej republike Bezpečnostné riaditeľstvo pre spolkovú krajinu Burgenland alebo Bezpečnostné riaditeľstvo pre spolkovú krajinu Dolné Rakúsko podľa ich miestnej príslušnosti.

Článok 9 **Kontrolovaná dodávka**

(1) Na žiadosť zmluvnej strany môže požiadaná zmluvná strana povoliť na výsosťnom území svojho štátu kontrolovanú dodávku, ktorou sa rozumie kontrolovaný dovoz, kontrolovaný prevoz alebo kontrolovaný vývoz, najmä pri nedovolenom obchodovaní s omamnými látkami, zbraňami, výbušnami, falšovanými peniazmi, kradnutými vecami, ako aj pri podielníctve a legalizácii príjmov pochádzajúcich z trestnej činnosti, ak by podľa názoru žiadajúcej zmluvnej strany iný spôsob zistenia objednávateľov alebo iných osôb zúčastnených na čine alebo odhalenie spôsobu distribúcie bolo nemožné alebo značne sťažené. Kontrolovaná dodávka môže byť po dohode medzi zmluvnými stranami zadržaná a uvoľnená na ďalšiu prepravu tak, aby zostala neporušená, bude odstránená alebo čiastočne alebo úplne nahradená. Ak tovar predstavuje neprimerané riziko pre osoby zúčastňujúce sa prepravy alebo nebezpečenstvo pre verejnú bezpečnosť, požiadaná zmluvná strana kontrolovanú dodávku obmedzí alebo odmietne.

(2) Požadovaná zmluvná strana preberá kontrolu dodávky pri prekročení štátnej hranice tak, aby sa zabránilo prerušeniu kontroly. V ďalšom priebehu dodávky zabezpečuje jej stálu kontrolu takou formou, aby bol kedykoľvek možný zákrok voči páchatelom alebo zaistenie dodávky. Pracovníci žiadajúcej zmluvnej strany môžu po dohode s požiadanou zmluvnou stranou ďalej sprevádzať kontrolovanú dodávku po prevzatí spolu s preberajúcimi pracovníkmi požiadanej zmluvnej strany bez realizácie svojich oprávnení. Sú pritom viazaní

ustanoveniami tohto článku, vnútroštátnym právnym poriadkom požiadanej zmluvnej strany a povinnosťou dodržiavať pokyny orgánov požiadanej zmluvnej strany.

(3) Žiadosťami o kontrolované dodávky, ktoré sa začínajú alebo pokračujú na území tretieho štátu, sa vyhovie, iba ak je zo strany tretieho štátu zabezpečené splnenie predpokladov podľa prvej a druhej vety odseku 2.

(4) Článok 7 ods. 4 písm. b), c), d), f) a g) sa použije primerane.

(5) Žiadosti podľa odseku 1 sa zasielajú:

v Slovenskej republike ministerstvu vnútra/Prezidiu Policajného zboru, Colnému riaditeľstvu Slovenskej republiky, vecne a miestne príslušnému orgánu prokuratúry, v obvode pôsobnosti ktorého sa kontrolovaná dodávka začína.

v Rakúskej republike Spolkovému ministerstvu vnútra, generálnemu riaditeľstvu verejnej bezpečnosti, v prípadoch kontrolovaného vývozu Spolkovému ministerstvu vnútra/generálnemu riaditeľstvu verejnej bezpečnosti so súčasným oznámením štátnej prokuratúry, v obvode pôsobnosti ktorej sa dodávka začína.

Článok 10

Použitie agenta na objasnenie trestných činov

(1) Na základe žiadosti jednej zmluvnej strany môže druhá zmluvná na svojom výsostnom území na objasnenie trestných činov povoliť použitie pracovníka žiadajúcej zmluvnej strany so zmenenou identitou, ktorý bude mať postavenie agenta, ak poskytnuté vecné dôvody potvrdzujú, že ide o trestný čin, pri ktorom je použitie agenta podľa vnútroštátneho právneho poriadku žiadajúcej zmluvnej strany prípustné. Udelený súhlas platí vždy pre celé výsostné územie požiadanej zmluvnej strany. Žiadajúca zmluvná strana podá takúto žiadosť iba vtedy, ak by bolo objasnenie skutkového stavu bez použitia agenta podstatne sťažené alebo vylúčené.

(2) Objasňovanie na výsostnom území požiadanej zmluvnej strany sa obmedzí na jednotlivé časovo obmedzené úkony. Objasňovanie s použitím agenta sa môže povoliť na dobu najviac jedného (1) mesiaca s možnosťou ďalšieho predĺženia. Príprava úkonov prebieha v úzkej koordinácii medzi zúčastnenými orgánmi zmluvných strán. Vedenie úkonov prislúcha pracovníkovi požiadanej zmluvnej strany; úkony pracovníkov žiadajúcej zmluvnej strany sa považujú za úkony vykonané požiadanou zmluvnou stranou. Na žiadosť požiadanej zmluvnej strany musí byť objasňovanie ukončené.

(3) Použitie agenta, podmienky, za ktorých má byť jeho činnosť vykonávaná, ako aj rozsah využitia výsledkov objasňovania určí požiadaná zmluvná strana v súlade so svojím vnútroštátnym právnym poriadkom a informuje o tom žiadajúcu zmluvnú stranu.

(4) Požiadaná zmluvná strana poskytne nevyhnutnú personálnu, logistickú a technickú podporu a vykoná všetky potrebné opatrenia na ochranu pracovníkov žiadajúcej zmluvnej strany počas ich nasadenia na výsostnom území požiadanej zmluvnej strany.

(5) Žiadosť podľa odseku 1 sa zasiela národnej ústredni alebo pri súčasnom informovaní národnej ústredne orgánu príslušnému na udelenie súhlasu. Zmluvné strany si

navzájom oznámia, ktoré orgány sú príslušné na udelenie tohto súhlasu.

(6) O použití agenta a jeho výsledkoch sa bezodkladne písomne informujú príslušné orgány zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa použitie uskutočnilo.

(7) Zmluvné strany sú oprávnené navzájom si poskytovať agentov, ktorí konajú z poverenia a pod vedením príslušných orgánov druhej zmluvnej strany.

Článok 11

Použitie agenta na zabránenie obzvlášť závažným trestným činom

(1) Ak to pripúšťa vnútroštátny právny poriadok, môže sa na výsosťnom území druhej zmluvnej strany uskutočniť utajené objasňovanie s cieľom zabrániť spáchaniu obzvlášť závažných trestných činov podliehajúcich vydaniu, ak bol s takýmto cezhraničným utajeným objasňovaním na základe predchádzajúcej žiadosti vyslovený súhlas.

(2) Článok 10 ods. 1 druhá a tretia veta a odseky 2 až 7 platia primerane.

Článok 12

Spoločné kontrolné, sledovacie a vyšetrovacie skupiny; cezhraničné pátracie akcie

(1) Na zintenzívnenie spolupráce vytvárajú príslušné orgány zmluvných strán v prípade potreby zmiešané analytické a iné pracovné skupiny, ako aj kontrolné, sledovacie a vyšetrovacie skupiny, v ktorých pracovníci jednej zmluvnej strany vykonávajú pri zárokoch na výsosťnom území druhej zmluvnej strany poradnú a podpornú činnosť bez samostatnej realizácie svojich oprávnení.

(2) Príslušné orgány zmluvných strán sa v hraničných oblastiach podľa článku 3 ods. 7 zúčastňujú cezhraničných pátracích akcií po páchatel'och trestných činov na úteku. V prípadoch nadregionálneho významu musia byť prizvané národné ústredne.

Článok 13

Vysielanie styčných dôstojníkov

(1) Zmluvná strana môže so súhlasom národnej ústredne druhej zmluvnej strany vyslať k jej bezpečnostným orgánom styčného dôstojníka.

(2) Styční dôstojníci vykonávajú podpornú a poradenskú činnosť bez samostatnej realizácie svojich oprávnení. Poskytujú informácie a plnia svoje úlohy v rámci pokynov vysielajúcej zmluvnej strany pri zohľadnení žiadostí prijímajúcej zmluvnej strany.

(3) Styční dôstojníci vyslaní do tretích štátov, môžu po vzájomnom súhlase národných ústrední zastupovať aj záujmy druhej zmluvnej strany.

Článok 14

Zmiešaná hliadkovacia služba na štátnej hranice

(1) Na účel odvrátenia ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku, boja proti trestným činom, ako aj kontroly štátnej hranice sú bezpečnostné orgány zmluvných strán oprávnené vykonávať zmiešanú hliadkovaciu službu až do vzdialenosti desať (10) kilometrov od štátnej hranice smerom do vnútrozemia.

(2) Pri výkone zmiešanej hliadkovej služby sú aj pracovníci druhej zmluvnej strany oprávnení zisťovať totožnosť osôb a tieto, ak sa snažia vyhnúť kontrole, zadržať podľa vnútroštátneho právneho poriadku zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa zákrok vykonáva.

(3) Ostatné donucovacie opatrenia sú oprávnení vykonávať len pracovníci zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa zakročuje, okrem prípadov, ak by bol úspech tohto opatrenia bez zákroku pracovníkov druhej zmluvnej strany ohrozený alebo značne sťažený.

(4) Na vykonanie opatrenia sa použije vnútroštátny právny poriadok tej zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území pracovníci zasahujú.

Článok 15

Použitie vzdušných a vodných dopravných prostriedkov

(1) Pri zásahoch upravených touto zmluvou môžu byť použité vodné dopravné prostriedky a so súhlasom príslušných bezpečnostných orgánov aj vzdušné dopravné prostriedky.

(2) Pri použití vzdušných dopravných prostriedkov bezpečnostných orgánov sa možno odchýliť od pravidiel týkajúcich sa kontroly a obmedzení vzdušného priestoru, ak je to potrebné na vykonanie zásahu podľa odseku 1 a so zreteľom na verejnú bezpečnosť a poriadok. Od predpisov o správaní sa vo vzdušnom priestore možno odhliadnuť, len ak je to nevyhnutne potrebné na plnenie služobných policajných úloh. Každá zo zmluvných strán povolí, aby vzdušné dopravné prostriedky, ktoré boli použité podľa odseku 1 z výsosťného územia druhej zmluvnej strany, mohli vzlietnuť a pristávať aj mimo letísk a povolených poľných letísk.

(3) Ak je to možné pred začiatkom, najneskôr však počas použitia vzdušného dopravného prostriedku podľa odseku 1 musia byť príslušnému orgánu riadenia letovej prevádzky bezodkladne oznámené čo najpresnejšie údaje o druhu a označení vzdušného dopravného prostriedku, o jeho posádke, náklade, čase odletu, predpokladanej trase a mieste pristátia. Každý letový plán musí obsahovať odkaz na túto zmluvu.

(4) Vzdušné dopravné prostriedky musia mať na výsosťnom území zmluvnej strany, ktorá ich nasadzuje, schválenú spôsobilosť na príslušný druh nasadenia.

(5) Pri použití vodných dopravných prostriedkov sú pracovníci oslobodení od dodržiavania dopravných predpisov pre vnútroštátnu plavbu v rovnakom rozsahu, ako pracovníci bezpečnostných orgánov zmluvnej strany, na ktorej výsosťnom území sa zásah vykonáva. Ak je to na splnenie úloh podľa odseku 1 nevyhnutne potrebné a nie je tým dotknutá bezpečnosť lodnej dopravy a osôb, sú oprávnení používať denné, prípadne nočné označenie.

Kapitola IV
Spolupráca v oblasti bezpečnosti cestnej premávky

Článok 16
Spolupráca pri zaisťovaní bezpečnosti cestnej premávky

(1) Administratívna pomoc v oblasti pôsobnosti dopravnej polície podľa tejto zmluvy zahŕňa najmä:

- a) vzájomnú výmenu informácií o okolnostiach dôležitých z hľadiska cestnej premávky, ako sú hustota premávky, poruchy premávky, mimoriadne poveternostné vplyvy a opatrenia, ako riadenie premávky a obmedzenia premávky, ktoré sa vykonávajú v záujme plynulosti premávky a uľahčenia cezhraničnej premávky motorových vozidiel,
- b) vzájomnú výmenu informácií o skúsenostiach získaných v práci dopravnej polície,
- c) výmenu skúseností v otázkach bezpečnosti premávky.

(2) Vzájomná výmena informácií sa uskutočňuje v prípadoch podľa odseku 1 písm. a) ústnou formou alebo písomnou formou; v prípadoch podľa odseku 1 písm. b) a c) spravidla písomnou formou.

Článok 17
Poskytovanie administratívnej pomoci v oblasti pôsobnosti dopravnej polície

(1) V záležitostiach administratívnej pomoci v oblasti pôsobnosti dopravnej polície sa vzájomná výmena informácií a celý písomný styk vykonávajú bezprostredne medzi Ministerstvom vnútra Slovenskej republiky a Spolkovým ministerstvom vnútra Rakúskej republiky a v prípadoch podľa článku 16 ods. 1 písm. a) aj medzi inými príslušnými štátnymi orgánmi zmluvných strán.

(2) Zmluvné strany si navzájom oznámia príslušné orgány a pracoviská, ktoré vykonávajú výmenu informácií aj podľa článku 16 ods. 1 písm. a).

Kapitola V
Spoločné kontaktné pracoviská

Článok 18
Spolupráca v spoločných kontaktných pracoviskách

(1) S cieľom zjednodušenia výmeny informácií a spolupráce medzi bezpečnostnými orgánmi zmluvných strán sa môžu zriaďovať spoločné kontaktné pracoviská.

(2) V spoločných kontaktných pracoviskách pracujú pracovníci bezpečnostných orgánov oboch zmluvných strán v rámci svojich obvyklých právomocí v spoločných priestoroch tak, aby si bez ohľadu na služobný styk a výmenu informácií prostredníctvom národných ústrední mohli vymieňať informácie, analyzovať ich a postupovať, a tiež podporne

pôsobiť pri koordinácii cezhraničnej spolupráce podľa tejto zmluvy.

(3) Podporná funkcia môže zahŕňať aj prípravu a spolupôsobenie pri odovzdávaní osôb na základe platných dohôd medzi zmluvnými stranami.

(4) Spoločné kontaktné pracoviská nie sú oprávnené samostatne vykonávať operatívne úkony. Úradníci spoločných kontaktných pracovísk podliehajú rozhodovacej a disciplinárnej právomoci svojich národných orgánov.

(5) Zriadenie spoločných kontaktných pracovísk, ako aj podmienky spolupráce a rovnomerné rozdelenie nákladov budú upravené osobitnými dohodami.

Kapitola VI Ochrana osobných údajov

Článok 19 Základné princípy

Ak nie je ďalej ustanovené inak, riadi sa spracovanie osobných údajov, ktoré sa poskytujú podľa tejto zmluvy, podľa uvedeného účelu, prípadne podľa podmienok stanovených poskytujúcim pracoviskom, ako aj podľa predpisov prijímajúcej zmluvnej strany pre spracovávanie osobných údajov.

Článok 20 Účelové viazanie

(1) Osobné údaje, ktoré boli poskytnuté na základe tejto zmluvy, je príjemca oprávnený spracovávať na iné účely, než na ktoré boli poskytnuté len so súhlasom poskytujúceho pracoviska. Prípustnosť udelenia súhlasu sa riadi vnútroštátnym právnym poriadkom zmluvnej strany, ku ktorej patrí poskytujúce pracovisko.

(2) Osobné údaje, ktoré boli poskytnuté na odvrátenie ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku alebo na zabránenie trestným činom, je možné spracovávať na účel stíhania závažných trestných činov bez súhlasu poskytujúceho pracoviska. Takisto môžu byť osobné údaje, ktoré boli poskytnuté na účel trestného stíhania, spracovávané bez súhlasu poskytujúceho pracoviska s cieľom odvrátenia závažných trestných činov a odvrátenia značného ohrozenia verejnej bezpečnosti a poriadku.

Článok 21 Povinnosť opravy a likvidácie

(1) Osobné údaje, ktoré boli poskytnuté podľa tejto zmluvy, musia byť zlikvidované, ak:

- a) sa zistí nesprávnosť poskytnutých údajov,
- b) poskytujúci bezpečnostný orgán príjemcovi oznámi, že získanie alebo poskytnutie údajov bolo protiprávne,

c) sa zistí, že údaje nie sú alebo už nie sú potrebné na dosiahnutie účelu, na ktorý boli poskytnuté, okrem prípadu, ak je dané výslovné oprávnenie spracovať údaje na iné účely.

(2) Poskytujúce pracovisko oznámi príjemcovi prípadné špeciálne lehoty uchovania, ktoré je príjemca povinný dodržať.

Článok 22

Oznámenie o spracúvaní údajov

(1) Príjemca na požiadanie informuje poskytujúce pracovisko o akomkoľvek spracovaní poskytnutých osobných údajov.

(2) Ak bezpečnostný orgán zmluvnej strany, ktorý osobné údaje na základe tejto zmluvy poskytol, zistí, že poskytnuté osobné údaje sú nesprávne alebo musia byť v dôsledku neoprávneného spracovania opravené alebo zničené, musí to príjemcovi bezodkladne oznámiť.

(3) Ak príjemca zistí neoprávnené spracovanie poskytnutých osobných údajov, je povinný bezodkladne o tom informovať poskytujúce pracovisko.

Článok 23

Evidovanie údajov

(1) Poskytujúci bezpečnostný orgán a príjemca sú povinní zaznamenať minimálne dôvod, obsah, označenie príjemcu a čas poskytnutia osobných údajov. On-line poskytovanie údajov musí byť zaprotokolované automatickým spôsobom.

(2) Záznamy o zaprotokolovaní sa musia uchovávať najmenej po čas troch rokov.

(3) Údaje z protokolov je možné použiť výlučne na kontrolu dodržiavania príslušných právnych predpisov o ochrane osobných údajov.

Článok 24

Informovanie o osobných údajoch, ich oprava alebo likvidácia

(1) Právo osoby, na základe písomnej žiadosti dostať informáciu o údajoch o nej spracovaných alebo dosiahnuť ich opravu alebo vymazanie, sa riadi vnútroštátnym právnym poriadkom zmluvnej strany, kde bola žiadosť podaná.

(2) Pred rozhodnutím o takejto žiadosti je príjemca povinný dať poskytujúcemu pracovisku možnosť zaujať stanovisko.

Kapitola VII

Právne vzťahy pri zá krokoch na území druhej zmluvnej strany

Článok 25

Vstup, vycestovanie a pobyt

Pracovníkom zmluvných strán, ktorí podľa tejto zmluvy vykonávajú činnosť na výsosťnom území druhej zmluvnej strany, sa umožní vstup, pobyt a vycestovanie na základe platného služobného preukazu.

Článok 26

Služobné rovnošaty, služobné zbrane a spojovacie prostriedky

(1) Pracovníci zmluvnej strany vykonávajúci podľa tejto zmluvy činnosť na výsosťnom území druhej zmluvnej strany, sú oprávnení nosiť služobnú rovnošatu a svoje služobné zbrane, ako aj ostatné povolené donucovacie prostriedky, okrem prípadov, ak druhá zmluvná strana v konkrétnom prípade oznámi, že to nepovoľuje alebo že to povoľuje iba za určitých podmienok.

(2) Použitie strelnej zbrane je prípustné len v prípade nutnej obrany alebo krajnej núdze.

(3) Pri plnení úloh podľa tejto zmluvy môžu pracovníci v pásme pätnásť (15) kilometrov od štátnej hranice používať svoje vysielacie a rádiové zariadenia na výsosťnom území druhej zmluvnej strany, ak je zaistená nerušená prevádzka existujúcich rádiových systémov tejto zmluvnej strany.

Článok 27

Služobné vzťahy

Pracovníci zmluvných strán podliehajú vo veciach služobného alebo zamestnaneckého pomeru, ako aj v disciplinárno-právnom ohľade vnútroštátnemu právnemu poriadku.

Článok 28

Zodpovednosť za škodu

(1) Ak pracovníci jednej zmluvnej strany spôsobia pri plnení úloh podľa tejto zmluvy škodu na výsosťnom území druhej zmluvnej strany, táto zodpovedá poškodenej tretej osobe za rovnakých podmienok a v rovnakom rozsahu, ako keby škodu spôsobili jej vlastní pracovníci.

(2) Náhrada škody, ktorú zmluvná strana poskytla poškodenému alebo jeho právnenému nástupcovi, jej druhá zmluvná strana uhradí, to neplatí, ak bol zásah vykonaný na základe žiadosti prvej zmluvnej strany. Pri škodách spôsobených zmluvným stranám sa od uplatnenia náhrady spôsobenej škody upustí; to neplatí, ak pracovníci jednej zo zmluvných strán spôsobili škodu úmyselne alebo z vedomej nedbalosti.

Článok 29

Právne postavenie pracovníkov v oblasti trestného práva

Pracovníci, ktorí podľa tejto zmluvy vykonávajú činnosť na výsosťnom území druhej zmluvnej strany, sú vo vzťahu k trestným činom, ktoré spáchajú alebo ktoré sú spáchané proti

ním, v rovnakom postavení ako pracovníci zmluvnej strany, na ktorej výsostnom území vykonávajú svoju činnosť.

Kapitola VIII Zapojenie colných orgánov

Článok 30 Oprávnenia colných orgánov

(1) Ak colné orgány zmluvných strán vykonávajú v súvislosti s výkonom svojich právomocí úlohy poriadkovej polície alebo kriminálnej polície, sú v rámci tejto zmluvy v rovnakom postavení ako bezpečnostné orgány zmluvných strán.

(2) Ak bol na colné orgány Rakúskej republiky prenesený výkon hraničnej kontroly, ktorú majú vykonávať bezpečnostné orgány, môžu byť nasadené aj do zmiešanej hliadky podľa článku 14.

Kapitola IX Vykonávacie a záverečné ustanovenia

Článok 31 Odmietnutie v konkrétnom prípade

Ak sa jedna zo zmluvných strán domnieva, že vybavenie žiadosti alebo vykonanie kooperačných opatrení podľa tejto zmluvy by mohlo obmedziť jej zvrchovanosť, ohroziť jej bezpečnosť alebo iné dôležité záujmy, môže druhej zmluvnej strane oznámiť, že spoluprácu úplne alebo čiastočne odmieta alebo že ju viaže na splnenie určitých podmienok.

Článok 32 Stretnutia expertov

V záujme riešenia otázok súvisiacich s vykonávaním tejto zmluvy a predloženia návrhov na ďalší rozvoj spolupráce každá zo zmluvných strán môže požiadať o stretnutie expertov.

Článok 33 Vykonávacie protokoly, zmeny a oznámenia

(1) Príslušné orgány zmluvných strán sú oprávnené na základe tejto zmluvy uzatvárať protokoly na jej vykonávanie.

(2) Príslušné orgány zmluvných strán si navzájom oznamujú zmeny kompetencií alebo názvov orgánov uvedených v tejto zmluve.

Článok 34

Náklady

Náklady, ktoré vzniknú orgánom jednej zo zmluvných strán v súvislosti s vykonávaním tejto zmluvy, idú na ťarchu tejto zmluvnej strany.

Článok 35

Vzťah k iným medzinárodným zmluvám

(1) Touto zmluvou nie sú dotknuté iné dvojstranné alebo mnohostranné medzinárodné zmluvy, ktorými sú zmluvné strany viazané.

(2) Dňom nadobudnutia platnosti Dohovoru podpísaného v Schengene dňa 19. júna 1990 medzi Belgickým kráľovstvom, Nemeckou spolkovou republikou, Luxemburským veľkovojskovstvom a Holandským kráľovstvom, ktorým sa vykonáva Dohoda o postupnom zrušení kontrol na ich spoločných hraniciach podpísaná v Schengene dňa 14. júna 1985 vo vzťahu medzi zmluvnými stranami, sa táto zmluva stane jeho doplnkom.

Článok 36

Výhrada vnútroštátneho právneho poriadku v daňových a colných veciach

(1) Táto zmluva sa nevzťahuje na poplatkové, daňové, colné a devízové trestné veci.

(2) Informácie získané v rámci spolupráce podľa tejto zmluvy, nesmú byť použité na stanovenie poplatkov, daní a ciel, ako aj v poplatkových, daňových, devízových a colných trestných veciach; to neplatí, ak požiadaná zmluvná strana tieto informácie poskytla na účely takéhoto konania.

Článok 37

Nadobudnutie platnosti a výpoveď

(1) Táto zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené čo možno najskôr. Táto zmluva nadobudne platnosť prvým (1.) dňom tretieho (3.) mesiaca po dni výmeny ratifikačných listín.

(2) Táto zmluva sa uzatvára na dobu neurčitú. Každá zo zmluvných strán ju môže kedykoľvek vypovedať písomne diplomatickou cestou. V tomto prípade platnosť zmluvy skončí šesť (6) mesiacov po dni doručenia výpovede druhej zmluvnej strane.

(3) Každá zo zmluvných strán môže dočasne pozastaviť vykonávanie tejto zmluvy úplne alebo sčasti, ak to vyžaduje zaistenie bezpečnosti štátu, verejného poriadku alebo zdravia občanov. Prijatie alebo odvolanie takéhoto opatrenia si zmluvné strany oznámia bezodkladne. Pozastavenie vykonávania tejto zmluvy, ako aj jeho odvolanie nadobúda účinnosť dňom doručenia takéhoto oznámenia.

(4) Registráciu zmluvy na Generálnom sekretariáte Organizácie Spojených národov podľa článku 102 Charty Organizácie Spojených národov zabezpečí rakúska strana.

Článok 38
Zrušovacie ustanovenia

Dňom nadobudnutia platnosti tejto zmluvy skončí platnosť Dohody medzi vládou Československej socialistickej republiky a vládou Rakúskej republiky o spolupráci pri predchádzaní a odhaľovaní trestných činov a zaisťovaní bezpečnosti cestnej premávky (Praha, 21. júna 1988) v znení Zmluvy medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou o sukcesii do dvojstranných medzištátnych zmlúv uzatvorených medzi bývalou Českou a Slovenskou Federatívnou Republikou (Československou socialistickou republikou, Československou republikou) a Rakúskou republikou dojednanou výmenou nôt z 22. decembra 1993 a 14. januára 1994.

Dané vo Viedni dňa 13. februára 2004 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v slovenskom jazyku a nemeckom jazyku, pričom oba znenia majú rovnakú platnosť.

Za
Slovenskú republiku

Palko

Za
Rakúsku republiku

Strasser

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SLOVAK
REPUBLIC CONCERNING POLICE COOPERATION

The Republic of Austria and the Slovak Republic,
Hereinafter referred to as the "Contracting Parties",

With the aim of working together to safeguard common interests,

In a common determination effectively to face international crime and cross-border threats to public safety through partnership in security matters,

With the aim in particular of further developing close police, frontier police and traffic police cooperation,

In an effort to further increase cooperation among police authorities,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. BASIC PROVISIONS

Article 1. Object of cooperation

The Contracting Parties shall strengthen cooperation with a view to the prevention of threats to public order and safety and the prevention and prosecution of criminal acts and shall support one another through official assistance among traffic authorities. This shall be undertaken within the framework of national law except where this Treaty provides otherwise. The rules governing international cooperation among national central bodies in the combating of crime, in particular within the framework of the International Criminal Police Organization (Interpol - ICPO) shall remain unaffected by this Treaty.

Article 2. Joint security analyses

The Contracting Parties shall endeavour to achieve the greatest possible uniformity of information concerning the police security situation. To that end they shall exchange, periodically and as circumstances require, reports on the situation, and they shall analyse together, at least once a year, the principal aspects of the security situation.

CHAPTER II. GENERAL PROVISIONS CONCERNING POLICE COOPERATION

Article 3. Cooperation on request

(1) The security authorities of the Contracting Parties shall, within the framework of their respective responsibilities, cooperate with one another for the prevention of threats to public safety and order and the prevention and combating of criminal acts inso-

far as the power to make or comply with a request is not reserved to the judicial authorities under national law.

(2) Requests under paragraph (1) of this Article and replies shall as a rule be transmitted in writing between the national central bodies of the Contracting Parties. If the requested authority is not competent to comply, it shall transmit the request to the competent authority.

(3) Transmission of requests and replies directly between competent security authorities in the States Parties may take place when:

- (a) The cross-border service operations relate to criminal acts and the central location of the act and of its prosecution lies in border areas within the meaning of paragraph 7; or
- (b) requests for help are to avert imminent threats to public security and order and cannot be routed in time through channels between national central bodies.

(4) Requests made under paragraphs (1) - (3) may relate in particular to:

- (a) Data relating to vehicle owners, drivers and pilots of road vehicles, water craft and aircraft;
- (b) Queries concerning driving licences, navigation permits and comparable permits;
- (c) Data relating to places of residence and domicile and residence permits;
- (d) Data relating to subscribers to telephone or other telecommunication installations;
- (e) Identifications;
- (f) Data relating to the origins of objects, such as weapons, motor vehicles and water craft;
- (g) Planning and undertaking preliminary search measures;
- (h) Observation measures, monitored deliveries and undercover investigations;
- (i) Information on cross-border pursuit;
- (j) Establishment of readiness of witnesses to testify for purposes of the preparation of a request for judicial assistance;
- (k) Police interrogations and interviews;
- (l) Finding, securing, evaluating and comparing evidence.

(5) The security authorities can also make requests to one another on behalf of the competent judicial authorities and transmit and comply with requests in accordance with paragraph (2) of this article.

(6) The national central bodies shall be informed of incoming and outgoing direct requests in accordance with national law.

(7) Border areas within the meaning of this Treaty shall be:

- In the Republic of Austria: the areas of responsibility of the security authorities for the Federal Land Burgenland, the Federal Land Lower Austria and the Federal Police Directorate in Vienna;

- In the Slovak Republic: the areas of responsibility of the Police Directorate in Bratislava and the Police Directorate in Trnava.
- (8) Security authorities within the meaning of this Treaty shall be:
- in the Republic of Austria: the Federal Ministry of the Interior, as the national central body; the security directorates, the federal police directorates and, outside the areas of geographical responsibility of the latter, the district administrative authorities;
 - in the Slovak Republic: the Ministry of the Interior, as the national central body, the regional and district directorates of the police corps, the Frontier and Aliens Office of the Presidium of the police corps, the Customs Directorate and the Ministry of Transport, Posts and Telecommunications (Directorate-General of Railway Police).

Article 4. Cooperation in emergencies

(1) In cases where time does not permit submission of a request through the competent judicial authorities without jeopardizing the successful outcome of a measure, requests for the search for and securing of evidence and proof, including the conduct of body searches and searches of individuals and houses, or requests for provisional detention, may be addressed directly by the competent security authorities to the security authorities in the other Contracting Party. Article 3, paragraph (2) shall apply as appropriate.

(2) The security authorities shall inform the competent judicial authorities in their respective countries of requests made under paragraph (1). Transmission of the results of measures to the requesting State requires a formal request from the judicial authorities for judicial assistance. If transmission of the results of measures is urgent within the meaning of paragraph (1), the requested security authority may, after authorization from the competent judicial authority, transmit the results directly to the requesting security authority.

Article 5. Transmission of information without a request

In individual cases the security authorities of the Contracting Parties shall transmit to one another, without a prior request, information which may be of importance to the recipient as assisting in the prevention of concrete threats to public safety and order and the prevention and combating of criminal acts. Concerning the conduct of information exchanges, paragraphs (2), (3) and (5) of Article 3 shall be applicable as appropriate.

Article 6. Basic and further training

The security authorities of the Contracting Parties shall cooperate in matters of basic and further training. In particular, they shall:

- (a) exchange basic and further training syllabuses and consider incorporation of elements of each other's basic and further training courses;
- (b) organize joint seminars and cross-border exercises within the framework of cooperation under this Treaty;

- (c) invite representatives of the other Contracting Party as observers to exercises and special operations;
- (d) enable representatives of the other Contracting Party to participate in further training courses.

CHAPTER III. SPECIAL FORMS OF POLICE COOPERATION

Article 7. Cross-border observation

(1) Agencies of the security authorities of one Contracting Party are empowered, within the framework of an investigation of an extraditable offence committed in the territory of the requested Contracting Party, to continue observation in the territory of the requested Contracting Party if the latter has agreed to cross-border observation on the basis of a prior request. The same shall apply to observation designed to ensure the execution of a penal sanction. Agreement may be given subject to conditions. At the request of the security authorities of the Contracting Party in whose territory the observation is taking place, the observation is to be transferred to officers of that Contracting Party. A request made in accordance with the first sentence shall be directed to the authority designated by the requested Contracting Party as empowered to give or transmit the agreement requested. Agreement given shall be valid for the entire territory. Border crossings may take place outside the fixed border crossing points and permitted traffic hours.

(2) If on account of the particular urgency of the situation the prior agreement of the other Contracting Party cannot be sought, observation may be continued beyond the border provided that the border crossing is reported, immediately and while the observation is taking place, to the competent authority of the Contracting Party in whose territory the observation is to be continued.

The competent authorities are:

In the Republic of Austria: the Security Directorate for the Land Burgenland and the Security Directorate for the Land Lower Austria, each within the area of its geographical competence;

In the Slovak Republic: the regional directorate of the police corps in Bratislava and the regional directorate of the police corps in Trnava, each within the area of its geographical competence.

(3) In situations falling under paragraph (2), a request in accordance with paragraph (1) specifying the grounds for a border crossing without prior agreement must be sent immediately. The observation must cease as soon as the Contracting Party in whose territory the observation is taking place so requires on the basis of the notification or request or if agreement has not been received twelve hours after the border crossing.

(4) Observations under paragraphs 1 and 3 of this article are only allowed subject to the following conditions:

- (a) The observing officers shall be bound by the provisions of this article and the laws of the State Contracting Party into whose territory they enter; they must comply with instructions from the local competent authorities.

- (b) With regard to exemption from traffic prohibitions and restrictions, the vehicles used shall be placed on the same footing as those of the security authorities of the Contracting Party in whose territory they are used. Signs may be set up to the extent desirable for the conduct of the observation
- (c) The observing officers must be able at all times to prove their official function.
- (d) Entry into private homes and places not accessible to the public is not allowed. Work, factory and business premises accessible to the public may be entered during working, operating and business hours.
- (e) A report on each observation shall be addressed to the Contracting Party in whose territory the observation has taken place. In this connection the personal appearance of the observing officers may be required.
- (f) The authorities of the Contracting Party to which the observing officers belong shall on request assist in additional police and judicial investigations in the Contracting Party in whose territory the observation took place.
- (g) For the conduct of the observation necessary technical means may be used to the required extent provided that this is allowable under the laws of the Contracting Party in whose territory the observation takes place. The technical observation devices to be used for the operation must be listed in the request under paragraph (1).

(5) Cross-border observation may also be used, insofar as the domestic law of the Contracting Parties allows and subject to application of paragraphs (1) to (4), as appropriate:

- (a) for the prevention of extraditable offences;
- (b) to be able to forestall commission of a specific extraditable offence being planned by a person during the preparations;
- (c) to prevent gang-based or organized crime.

(6) Observations under paragraph (1) of this article on a basis of prior agreement are allowed only:

- (a) if a request within the framework of an investigation procedure cannot be made in accordance with article 7, paragraph (1); and
- (b) if the purpose of the observation cannot be achieved through the taking over of the official proceeding by organs of the other Contracting Party or by the formation of joint observation groups (article 12).

- (7) In cases of observations under paragraphs (1) and (5) requests are to be directed:
In the Republic of Austria: to the Ministry of the Interior (Directorate-General of Public Safety);
In the Slovak Republic: to the Ministry of the Interior (Presidium of the Police Corps).

Article 8. Cross-border pursuit

(1) Agencies of the security authorities of a Contracting Party pursuing in its own country a person who:

- (a) in connection with the commission of or participation in an extraditable offence in the other Contracting Party has been identified or prosecuted for that reason; or
- (b) has absconded from investigative or penal detention or a preventive measure imposed in connection with an extraditable offence in the other Contracting Party;

shall be authorized to continue the pursuit in the territory of the other Contracting Party without the prior agreement of the latter if, owing to the particular urgency of the matter, the competent authorities of the latter Contracting Party could not be given prior notification or are not in a position to take over the pursuit in good time. The pursuing officers shall immediately, and as a rule before crossing the border, make contact with the competent authorities of the other Contracting Party. The pursuit must cease as soon as the Contracting Party in whose territory the pursuit is to take place, or is already taking place, so requires. At the request of the pursuing officers the local competent authorities shall detain the person concerned in accordance with domestic legislation in order to establish that person's identity or proceed to an arrest.

(2) If cessation of the pursuit is not required, and the support of the local authorities cannot be enlisted in good time, the pursuing officers may detain the person concerned in accordance with the domestic law of the other Contracting Party until the officers of that Contracting Party, who must be notified immediately, undertake the identification or the arrest.

(3) Pursuit under paragraphs (1) and (2) shall be undertaken without any restriction regarding place or time. In addition, border crossings may be effected outside authorized border crossing points and established traffic hours.

(4) Pursuit is allowed exclusively subject to the following provisions:

- (a) The pursuing officers shall be bound by the provisions of this article and the domestic laws of the Contracting Party into whose territory they enter; they must comply with instructions from the local competent authorities.
- (b) With regard to exemption from traffic prohibitions and restrictions, the vehicles used shall be placed on the same footing as those of the security authorities of the State Contracting Party in whose territory they are used. Signs may be set up to the extent desirable for the conduct of the pursuit.
- (c) The pursuing officers must be able at all times to prove their official function.
- (d) Entry into private homes and places not accessible to the public is not allowed. Work, factory and business premises accessible to the public may be entered during working, operating and business hours.
- (e) For the conduct of the pursuit necessary technical means may be used to the required extent provided that this is allowable under the laws of the Contracting Party in whose territory the pursuit is taking place. The competent authorities of the other Contracting Party must be notified of the technical means being used in the operation
- (f) The pursuing officers must be clearly identifiable as such, for instance, by a uniform, distinguishing badges or accessories attached to vehicles; the

wearing of civilian clothes during the use of a police vehicle not identifiable as such is not permitted.

- (g) A person detained under paragraph (2) of this article may, for the purpose of presentation to the local authorities, be subjected only to a security search. Where necessary the person may be handcuffed. The objects carried by a pursued person may be temporarily seized pending the intervention of the local competent authorities of the other Contracting Party. The objects temporarily seized shall be handed over to the local competent authority together with the person concerned.
- (h) The pursuing officers shall, after each border crossing under paragraphs (1) and (2), present themselves immediately to the local competent authorities of the other State Contracting Party and make a report. If those authorities so request, they must remain there for the time absolutely necessary until the factual situation has been clarified. The same shall apply even if the pursued person could not be apprehended.

(5) A person arrested in accordance with paragraph (2) by bodies of the competent authorities may, irrespective of nationality, be held for questioning in accordance with the laws of the Contracting Party in whose territory he or she was apprehended. If the person is not a national of the Contracting Party in whose territory the detention took place, he or she must be released not later than six hours (not including the period between midnight and 9 a.m.) after being apprehended unless before the expiry of that period the local competent authorities receive a request for provisional detention for purposes of extradition. National regulations permitting an order of imprisonment or provisional detention on other grounds shall remain unaffected.

(6) In cases of exceptional importance or where the pursuit extends beyond the border area, as defined in article 3, paragraph 7, the national central bodies shall be notified of the pursuit.

(7) In cases of cross-border pursuit the following are to be notified:

- in the Republic of Austria: the Security Directorate for the Land Burgenland and the Security Directorate for the Land Lower Austria, each within the area of its geographical competence;
- in the Slovak Republic: the regional directorate of the police corps in Bratislava and the regional directorate of the police corps in Trnava, each within the area of its geographical competence.

Article 9. Monitored delivery

(1) On the proposal of the requesting Contracting Party, the requested Contracting Party may permit monitored entry into, transportation across or exit from its territory, especially regarding prohibited traffic in drugs, weapons, explosives, counterfeit currency, stolen goods and receiving thereof and money laundering, if in the view of the requesting Contracting Party the identification of customers and other persons involved or the discovery of distribution routes would under any other course of action fail or be substantially more difficult. Monitored deliveries can, by arrangement between the Contracting Parties, be intercepted and released for onward transportation in such a manner that they are not broken into, removed or partially or entirely substituted. If the goods give rise to

an unacceptable risk to the persons engaged in their transportation or to public safety, the monitored delivery shall be restricted or refused by the requested Contracting Party.

(2) The requested Contracting Party shall take over the monitoring of the delivery at the border crossing in order not to interrupt the monitoring. In the further course of the transportation it shall organize continuous surveillance in such a form that the perpetrators or the delivery can be seized at any time. Officers of the requesting Contracting Party may by arrangement with the requested Contracting Party accompany the monitored delivery further after the takeover, together with the officers of the requested Contracting Party taking over the surveillance, without assumption of sovereign powers. In such cases they shall be subject to the provisions of this article and the laws of the requested Contracting Party and must comply with the instructions of the authorities of the requested Contracting Party.

(3) Requests concerning monitored deliveries beginning in or continuing through a third State shall be responded to favourably only if the conditions laid down in the first two sentences of paragraphs (1) and (2) are fulfilled by that State.

(4) Article 7, paragraph 4, sections (b), (c), (d), (f) and (g) shall apply as appropriate.

(5) Requests within the meaning of paragraph (1) shall be directed to:

In the Republic of Austria: the Federal Ministry of the Interior, Directorate-General of Public Safety; in cases of monitored exit the Federal Ministry of the Interior, Directorate-General of Public Safety and the office of the public prosecutor in whose jurisdiction the delivery begins shall be notified simultaneously.

In the Slovak Republic: the Ministry of the Interior, Presidium of the Police Corps, and the authority of the public prosecutor with material and geographical competence.

Article 10. Undercover investigations for the detection of criminal acts

(1) On the basis of a prior request from one Contracting Party, the other Contracting Party can agree to the use of officers of the requesting Contracting Party on the territory of the requested Contracting Party for the detection of criminal acts under altered identities made temporarily available to them (undercover investigators) if there are sufficient factual grounds for suspecting that a criminal act has been committed in respect of which recourse to undercover investigators is allowable under current domestic law. An agreement given is valid for the entire territory of the requested Contracting Party. The requesting Contracting Party shall make the request only if without the planned investigation measures it would be impossible, or much more difficult, to establish the facts.

(2) Investigations in the territory of the requested Contracting Party shall be limited to single operations limited in time. An undercover investigation may be authorized for a period of up to one month, with the possibility of further extensions. The operations shall be prepared with close coordination between the authorities concerned in the requesting and the requested Contracting Parties. An official of the requested Contracting Party shall be responsible for leadership of an operation. Measures taken by officers of the requesting Contracting Party shall count as measures taken by the requested Contracting Party. On the request of the latter, the investigations shall cease.

(3) Recourse to undercover investigators, the conditions under which such recourse takes place and the provisions governing the use of the findings of the investigation shall be determined by the requested Contracting Party in accordance with its domestic legislation. The requested Contracting Party shall provide the requesting Contracting Party with information on the subject.

(4) The requested Contracting Party shall provide the necessary personnel, technical and logistical support and shall take all necessary measures to protect the officers of the requesting Contracting Party during their operations in the territory of the requested Contracting Party.

(5) A request made in accordance with paragraph (1) is to be directed to the national central body, or alternatively to the body competent to give authorization, the national central body being simultaneously informed. The Contracting Parties shall notify one another of the bodies competent to give authorization.

(6) The competent authorities of the Contracting Party in whose territory recourse has been had to undercover investigators shall be informed in writing immediately of the execution and findings of the measure.

(7) The Contracting Parties may make available to one another undercover investigators to act at the request and under the direction of the competent authorities of the other Contracting Party.

Article 11. Undercover investigations for the prevention of major criminal acts

(1) Where current domestic law so permits, undercover investigations may be undertaken to prevent major extraditable criminal acts on the territory of the other Contracting Party if the latter has agreed to cross-border undercover investigations on the basis of a previous request.

(2) Article 10, paragraph (1), second and third sentences, and paragraphs (2) to (7) shall apply as appropriate.

*Article 12. Joint control, observation and investigating groups:
cross-border pursuit operations*

(1) To strengthen cooperation the competent authorities of the Contracting Parties shall as necessary establish mixed working groups for analysis and other purposes, and also control, observation and investigation groups in which officers of one Contracting Party will act in an advisory and supporting capacity in operations on the territory of the other Contracting Party without independent assumption of sovereign powers.

(2) The competent authorities of the Contracting Parties in the border areas mentioned in article 3, paragraph (7), shall take part in cross-border pursuit of absconding criminals. In cases of supra-regional importance the national central bodies are to be involved.

Article 13. Secondment of liaison officers

(1) A Contracting Party may, with the agreement of the central body of the other Contracting Party, second liaison officers to the security authorities of the other Contracting Party.

(2) The liaison officers shall act in a supporting and advisory capacity without independent assumption of sovereign powers. They shall impart information and perform their tasks within the framework of instructions from the seconding State, taking into account the request of the receiving State.

(3) In a third State seconded liaison officers may also, subject to the mutual agreement of both central bodies, safeguard the interests of the other Contracting Party.

Article 14. Mixed patrol service along the common border

(1) For purposes of averting threats to public safety and order, combating crime and guarding borders, the security authorities of the Contracting Parties shall be empowered to operate a mixed patrol service along the border up to 10 kilometres from it.

(2) In the conduct of the mixed patrol service the officers of the other Contracting Party shall also be authorized to establish the identities of individuals and to apprehend them in accordance with the domestic law of the Contracting Party in whose territory the official operation is taking place if they seek to escape controls.

(3) Other coercive measures shall be undertaken only by officers of the Contracting Party into whose territory the patrol has entered unless the success of the official operation would have been endangered, or the operation would have been substantially more difficult, without the intervention of the officers of the other Contracting Party.

(4) In the conduct of official operations the law of the Contracting Party in whose territory the officers are acting shall be applicable.

Article 15. Use of air and water craft

(1) Within the framework of the operations enumerated in this Treaty water craft and also, with the agreement of the responsible security authorities, aircraft may also be used.

(2) Where aircraft are used, the security authorities can depart from the provisions concerning controls and restrictions affecting airspace to the extent necessary for the fulfilment of tasks in accordance with paragraph (1), bearing in mind considerations of public safety and order. Departures from the regulations concerning behaviour in airspace may be made only where urgently necessary for the performance of sovereign tasks. Each Contracting Party shall allow aircraft which are brought into use from the territory of the other Contracting Party in accordance with paragraph (1) to land and take off at places other than airports and authorized airfields.

(3) As far as possible before the beginning of, but at the latest during recourse to aircraft in accordance with paragraph (1), the responsible air security office is to be provided with information as accurate as possible concerning the type of aircraft used, its

identification marks, its crew, its cargo, take-off time, the proposed route and the landing point. Each flight plan must contain a reference to this Treaty.

(4) Aircraft must be approved for their specific use in the territory of the Contracting Party from which they were brought into service.

(5) Where water craft are used, the officers are exempted from the traffic regulations concerning inland shipping to the same extent as officers of the security authorities of the Contracting Party in whose territory they are being used. They are authorized to bear day or night identification marks where strictly necessary for the performance of the tasks mentioned in paragraph (1) provided that the safety of shipping and of individuals is not adversely affected.

CHAPTER IV. TRAFFIC POLICE COOPERATION

Article 16. Cooperation in ensuring road safety

(1) Traffic police cooperation within the meaning of this Treaty comprises in particular:

- (a) Mutual information-sharing on matters of importance for road traffic, such as traffic density, traffic hold-ups, unusual weather effects and measures taken, such as traffic diversions and restrictions, in the interests of a smooth traffic flow and to ease cross-border motor vehicle traffic;
- (b) Mutual information on experience gained in traffic police work;
- (c) Exchange of experiences on traffic safety matters.

(2) Mutual information exchanges in cases falling under subparagraph (a) of paragraph (1) may be oral or written; exchanges falling under subparagraphs (b) and (c) shall as a rule be in writing.

Article 17. Conduct of traffic police cooperation

(1) In matters relating to official traffic police assistance, mutual exchanges of information and all written communications shall pass directly between the Federal Ministry of the Interior of the Republic of Austria and the Ministry of the Interior of the Slovak Republic, and also, in the cases mentioned in subparagraph (1) (a) of article 16, between the other competent national authorities.

(2) The Contracting Parties shall also designate to one another the competent authorities and agencies which also conduct exchanges of information in accordance with subparagraph (1) (a) of article 16.

CHAPTER V. JOINT CONTACT OFFICES

Article 18. Cooperation in joint contact offices

(1) To facilitate exchanges of information and cooperation between the security authorities of the Contracting Parties joint contact offices may be established.

(2) In joint contact offices officers of the security authorities of the two Contracting Parties shall work side by side within the framework of their respective responsibilities, independently of service traffic and information exchanges through the national central bodies, in order to exchange, analyse and forward information and to work together supportively in the coordination of cross-border cooperation under this Treaty.

(3) The support function may also include preparatory work and cooperation in the return of persons on the basis of currently valid conventions between the Contracting Parties.

(4) Joint contact offices shall not be responsible for the independent conduct of operational measures. The officers in these offices shall be subject to the direction and disciplinary authority of their respective national authorities.

(5) The setting-up of joint contact offices and the modalities of cooperation and equal sharing of costs shall be regulated in separate arrangements.

CHAPTER VI. PROTECTION OF PERSONAL DATA

Article 19. Basic principle

Except where otherwise provided below, the processing of personal data made available under this Treaty shall be governed by the purposes indicated, any conditions stipulated by the transmitting agency and the relevant legal provisions governing the processing and storage of personal data in the receiving State.

Article 20. Determination of purpose

(1) Personal data made available under this Treaty may not be processed by the recipient for purposes other than those for which the data has been made available save with the agreement of the transmitting agency. The permissibility of issue of agreement shall be governed by the domestic legislation applicable to the transmitting agency.

(2) Personal data made available for the purpose of averting threats to public safety and order or the prevention of criminal acts may be used for the prosecution of serious criminal acts without the agreement of the transmitting agency. Likewise, personal data made available for purposes of prosecution may be processed for the prevention of serious criminal acts and to avert serious threats to public safety and order without the agreement of the transmitting agency.

Article 21. Duty of correction and destruction

- (1) Personal data made available under this Treaty must be destroyed if:
 - (a) the data transmitted proves inaccurate;
 - (b) the transmitting agency informs the recipient that the procuring or transmission of the data is contrary to law;
 - (c) it emerges that the data is not, or is no longer, necessary for the performance of the task for which it was made available, unless express authorization to process the data for other purposes exists.
- (2) The transmitting agency shall inform the recipient of any special provisions governing time of storage with which the recipient must comply.

Article 22. Notifications concerning data processing

- (1) At the request of the transmitting agency, the recipient shall provide information on every processing of the personal data made available.
- (2) If the security authorities of a Contracting Party which have transmitted personal data under this Treaty establish that the data transmitted are incorrect or must be corrected or destroyed on account of unlawful processing, they must inform the recipient immediately.
- (3) If the recipient establishes that personal data made available to it has been unlawfully processed, it must also inform the transmitting agency of that fact immediately.

Article 23. Records

- (1) The transmitting security authority and the recipient shall be obliged to keep records showing at least the reason, contents, place of reception and time of transmission of personal data. On-line transmissions are to be subject to automated recording.
- (2) Records shall be kept for at least three years.
- (3) The information in the records may be used solely to verify whether the relevant provisions concerning data protection have been complied with.

Article 24. Disclosure, correction or deletion of data

- (1) The right of a person concerned, on request, to receive information on processed data concerning him or her or to obtain correction or deletion thereof shall be governed by the national legislation of the Contracting Party in which the request is made.
- (2) Before the decision on any such request the recipient must provide the transmitting agency with an opportunity to express its views.

CHAPTER VII. LEGAL RELATIONS CONCERNING OFFICIAL DUTIES PERFORMED IN THE
TERRITORY OF THE OTHER CONTRACTING PARTY

Article 25. Entry, exit and residence

Officers of the Contracting Parties engaged under this Treaty in operations in the territory of the other Contracting Party shall be allowed entry, exit and residence on the basis of a valid service pass.

Article 26. Uniforms, service weapons and radio and radio communication apparatus

(1) If under this Treaty officers engage in operations on the territory of the other Contracting Party, they shall be authorized to wear uniforms and to carry their service weapons and other coercive material unless the other Contracting Party indicates in an individual case that this is not permissible or is permissible only under specified conditions.

(2) The use of firearms is only permissible in self-defence (including emergency assistance).

(3) In the performance of tasks under this Treaty in the 15-kilometre zone along the border, officers may use broadcasting and radio communication apparatus in the territory of the other Contracting Party provided that the undisturbed operation of the broadcasting system of that Contracting Party is safeguarded.

Article 27. Service relationships

Officers of the Contracting Parties shall remain, with respect to service or contractual relationships and for disciplinary purposes, subject to national legislation.

Article 28. Liability

(1) If officers of a Contracting Party, in the course of implementation of this Treaty, cause damage while in the territory of the other Contracting Party, that Contracting Party shall be liable towards the third party who has suffered prejudice under the same conditions and to the same extent as if its own materially and geographically competent officers had caused the damage.

(2) The Contracting Party which has granted compensation to the injured party or that party's assignees shall obtain reimbursement from the other Contracting Party unless the operation was undertaken at its own request. Where the damage occurs to the detriment of Contracting Parties themselves the damage suffered shall not be made good unless the officers have caused the damage intentionally or through gross negligence.

Article 29. Legal position of officers under penal law

Officers operating on the territory of the other Contracting Party under this Treaty shall, with regard to criminal acts committed by them or against them, be on the same footing as officers of the Contracting Party in whose territory they are operating.

CHAPTER VIII. INVOLVEMENT OF CUSTOMS ADMINISTRATION

Article 30. Powers of Customs agencies

(1) To the extent that the Customs agencies of the Contracting Parties undertake security or criminal police tasks in connection with the exercise of their powers, they shall within the framework of this Treaty have equal status with the security authorities of the Contracting Parties.

(2) To the extent that Customs agencies of the Republic of Austria are entrusted with the performance of border checks which are the responsibility of the security bodies, they may also be involved in the mixed patrol service in accordance with article 14.

CHAPTER IX. PROVISIONS CONCERNING EXECUTION; FINAL PROVISIONS

Article 31. Non-compliance in individual cases

If one Contracting Party is of the opinion that satisfaction of a request or the execution of a cooperation measure under this Treaty infringes upon its sovereignty or endangers its own security or other essential interests, it shall inform the other Contracting Party that to that extent it refuses cooperation entirely or partly or makes cooperation subject to specified conditions.

Article 32. Meetings of experts

Each Contracting Party may request a meeting of experts to resolve questions arising in connection with the application of this Treaty and to put forward proposals for the further development of cooperation.

Article 33. Implementation protocols, changes and notifications

(1) The competent authorities of the Contracting Parties may conclude implementation protocols deriving from this Treaty.

(2) The competent authorities of the Contracting Parties shall notify one another of changes in the competence or the designations of the authorities referred to in this Treaty.

Article 34. Costs

Each State Contracting Party shall bear the costs incurred by its authorities in the application of this Treaty.

Article 35. Relationship to other international arrangements

(1) Other binding bilateral or multilateral conventions shall not be affected by this Treaty.

(2) As soon as the Convention of 19 June 1990 implementing the Schengen Agreement of 14 June 1985 concluded between the Governments of the States of the Benelux Economic Union, the Federal Republic of Germany and the French Republic on the gradual abolition of checks at the common borders also becomes valid in the relations between the two Contracting Parties, the present Treaty shall be treated as a complement thereto.

Article 36. Reservation of national law in taxation and customs matters

(1) This Treaty is not to be invoked in criminal matters relating to fiscal charges, taxation, customs and currency matters.

(2) Information received within the framework of cooperation under this Treaty may not be used for the setting of fiscal charges, taxes or customs duties or in criminal matters in the fiscal charges, taxation, customs and currency fields unless the requested Contracting Party has made that information available for proceedings of such a kind.

Article 37. Entry into force and termination

(1) This Treaty requires ratification. The ratification instruments shall be exchanged as soon as possible. The Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

(2) The Treaty is concluded for an indefinite period. It can be terminated in writing at any time by each Contracting Party through diplomatic channels. The Treaty shall cease to have effect six months after receipt of notice of termination.

(3) Registration of the Treaty with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the United Nations Charter shall be effected by the Austrian side.

Article 38. End of validity of an earlier Agreement

On the day of entry into force of this Treaty the Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Czechoslovak Socialist Republic concerning cooperation in the prevention and detection of actions punishable by law and the ensuring of safety in road traffic dated 21 June 1988, in the version contained in the exchange of Notes between the Republic of Austria and the Slovak Republic concerning

the continued implementation of certain State Treaties between Austria and Czechoslovakia dated 22 December 1993 and 14 January 1994, shall lapse.

Done in Vienna on 13 February 2004 in two originals, each in the German and Slovak languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

STRASSER

For the Slovak Republic:

PAIKO

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D’AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE
SLOVAQUE RELATIF À LA COOPÉRATION POLICIÈRE

La République d’Autriche et la République slovaque, ci-après dénommées les Parties contractantes,

Dans le but de coopérer à la sauvegarde de leurs intérêts communs,

Animées par une détermination commune de faire face à la criminalité internationale et aux menaces transfrontalières visant la sécurité publique par le biais d’un partenariat en matière de sécurité,

Dans le but en particulier de poursuivre le développement d’une coopération étroite en matière de police, de police des frontières et de police de la circulation,

S’efforçant d’accroître toujours davantage la coopération entre les autorités policières,

Sont convenues de ce qui suit :

CHAPITRE I. DISPOSITIONS DE BASE

Article 1. Objet de la coopération

Les Parties contractantes renforceront leur coopération en vue de la prévention des menaces visant l’ordre et la sécurité et de la prévention et la poursuite des actes criminels et se soutiendront mutuellement par le biais d’une assistance officielle entre les autorités de circulation. Cette coopération sera entreprise dans le cadre du droit national, sauf dans les cas où le présent Traité en dispose autrement. Les règles régissant la coopération internationale entre organismes centraux nationaux dans la lutte contre la criminalité, en particulier dans le cadre de l’Organisation Internationale de Police Criminelle (Interpol – OIPC), ne seront pas affectées par le présent Traité.

Article 2. Analyses de sécurité conjointes

Les Parties contractantes s’efforceront d’obtenir la plus grande uniformité possible d’informations en ce qui concerne la situation de la sécurité policière. À cette fin, elles échangeront, périodiquement et chaque fois que les circonstances l’exigent, des rapports sur la situation, et analyseront de concert, au moins une fois par an, les principaux aspects de la situation en matière de sécurité.

CHAPITRE II. DISPOSITIONS GÉNÉRALES RELATIVES À LA COOPÉRATION POLICIÈRE

Article 3. Coopération sur demande

(1) Les autorités de sécurité des Parties contractantes s'assureront, dans le cadre de leurs responsabilités respectives, une coopération réciproque aux fins de la prévention de menaces pesant sur la sécurité et l'ordre publics, et de la prévention ainsi que de la lutte contre les actes criminels, pour autant que le pouvoir de faire ou de se conformer à une demande ne soit pas réservé aux autorités judiciaires en vertu du droit national.

(2) Les demandes visées au paragraphe (1) du présent article et les réponses qui y seront adressées seront en général transmises par écrit entre les organismes centraux nationaux des Parties contractantes. Si l'autorité requise n'est pas compétente pour s'y conformer, elle transmettra la demande à l'autorité compétente.

(3) La transmission de demandes et de réponses directement entre les autorités de sécurité compétentes dans les États Parties peut avoir lieu quand :

- (a) Les opérations de service transfrontalières ont trait à des actes criminels et le lieu central de ces actes et de leur poursuite est situé dans les zones frontalières au sens du paragraphe 7; ou
- (b) Les demandes d'assistance visent à prévenir des menaces imminentes à l'encontre de la sécurité et de l'ordre publics et ne peuvent être acheminées à temps via les canaux existant entre organismes centraux nationaux.

(4) Les demandes faites en vertu des paragraphes (1) – (3) peuvent être relatives en particulier à :

- (a) Des données concernant des propriétaires de véhicules, des conducteurs et pilotes de véhicules routiers, nautiques et aéronautiques;
- (b) Des questions concernant des permis de conduire, de navigation et d'autres permis similaires;
- (c) Des données relatives à des lieux de résidence et de domiciliation, ainsi qu'à des permis de séjour;
- (d) Des données relatives à des souscripteurs de lignes téléphoniques et autres installations de télécommunications;
- (e) Des identifications;
- (f) Des données relatives aux origines d'objets tels qu'armes, véhicules à moteur et véhicules marins;
- (g) La planification et la prise de mesures de recherche préliminaires;
- (h) Des mesures d'observation, des livraisons sous surveillance et des opérations d'infiltration;
- (i) Des informations sur des poursuites transfrontalières;
- (j) L'établissement de l'empressement de témoins à témoigner aux fins de la préparation d'une demande d'assistance judiciaire;
- (k) Des interrogatoires de police;
- (l) La recherche, la sécurisation, l'évaluation et la comparaison de preuves.

(5) Les autorités de sécurité peuvent également faire des demandes réciproques de la part des autorités judiciaires compétentes et transmettre et accéder à des demandes conformément au paragraphe (2) du présent article.

(6) Les organismes centraux nationaux seront tenus informés des demandes directes entrantes et sortantes, en conformité avec le droit national.

(7) Les régions frontalières au sens du présent Traité sont :

En République d'Autriche : les zones ressortissant à la responsabilité des autorités de sécurité du Land fédéral de Burgenland, du Land fédéral de Basse-Autriche et de la Direction de la Police fédérale à Vienne;

En République slovaque : les zones ressortissant à la responsabilité de la Direction de la Police à Bratislava et de la Direction de la Police à Trnava.

(8) Les autorités de sécurité au sens du présent Traité sont :

En République d'Autriche : Le Ministère fédéral de l'Intérieur en qualité d'organisme central national; les directions de sécurité, les directions de police fédérales et, en dehors des zones de responsabilité géographique de ces dernières, les autorités administratives de district;

En République slovaque : le Ministère de l'Intérieur, en tant qu'organisme central national, les directions régionales et de district du corps de police, le Bureau des Frontières et de l'Immigration du Présidium du corps de police, la Direction des Douanes et le Ministère du Transport, des Postes et Télécommunications (Direction générale de la Police des Chemins de Fer).

Article 4. Coopération dans les cas d'urgence

(1) Dans les cas où le temps ne permet pas de soumettre une demande aux autorités judiciaires compétentes sans compromettre le succès d'une mesure, des demandes de recherche et de sécurisation de témoignages et de preuves, y compris l'exécution de fouilles corporelles, de recherches d'individus et de visites domiciliaires, ou des demandes de détention provisoire, peuvent être adressées directement par les autorités de sécurité compétentes aux autorités de sécurité de l'autre Partie contractante. L'Article 3, paragraphe (2) s'appliquera en tant que de besoin.

(2) Les autorités de sécurité informeront les autorités judiciaires compétentes de leur pays respectif des demandes faites en vertu du paragraphe (1). La transmission des résultats de mesures à l'État requérant nécessite une demande d'assistance judiciaire formelle de la part des autorités judiciaires. Si la transmission des résultats de mesures est urgente au sens du paragraphe (1), l'autorité de sécurité requise peut, après avoir obtenu l'autorisation de l'autorité judiciaire compétente, transmettre lesdits résultats directement à l'autorité de sécurité requérante.

Article 5. Transmission d'informations sans demande

Dans certains cas particuliers, les autorités de sécurité des Parties contractantes se transmettront réciproquement, sans demande préalable, des informations susceptibles d'être importantes pour la Partie qui les reçoit aux fins de l'assistance pour la prévention d'actes criminels et de la lutte contre de tels actes. En ce qui concerne la conduite

d'échanges d'informations, les paragraphes (2), (3) et (5) de l'article 3 s'appliqueront en tant que de besoin.

Article 6. Formation de base et de perfectionnement

Les autorités de sécurité des Parties contractantes coopéreront en matière de formation de base et de perfectionnement. Elles veilleront en particulier à :

- (a) S'échanger des programmes de cours de formation de base et de perfectionnement et envisageront l'incorporation réciproque d'éléments des cours de formation de base et de perfectionnement de chacune d'elles;
- (b) Organiser des séminaires conjoints et des exercices transfrontaliers dans le cadre de la coopération en vertu du présent Traité;
- (c) Inviter des représentants de l'autre Partie contractante en tant qu'observateurs lors d'exercices et opérations spéciales;
- (d) Autoriser des représentants de l'autre Partie contractante à participer à des cours de perfectionnement.

CHAPITRE III. FORMES SPÉCIALES DE COOPÉRATION POLICIÈRE

Article 7. Observation transfrontalière

(1) Les organes des autorités de sécurité d'une Partie contractante sont habilités, dans le cadre d'une enquête sur une infraction passible d'extradition commise sur le territoire de la Partie contractante requise, à poursuivre leur observation dans le territoire de la Partie contractante requise si cette dernière a accepté l'observation transfrontalière sur la base d'une demande préalable. Les mêmes règles seront applicables à une observation destinée à garantir l'exécution d'une sanction pénale. L'accord peut être donné sous réserve de conditions. À la demande des autorités de sécurité de la Partie contractante dans le territoire de laquelle l'observation a été mise en place, celle-ci doit être transférée aux agents de cette Partie contractante. Une demande faite conformément à la première phrase sera adressée à l'autorité désignée par la Partie contractante requise comme habilitée à donner ou transmettre l'accord demandé. L'accord donné sera valable pour l'entièreté du territoire. Les franchissements de frontière pourront avoir lieu en dehors des points de passage frontaliers fixés et des heures de circulation permises.

(2) Si, en raison de l'urgence particulière de la situation, l'accord préalable de l'autre Partie contractante ne peut être demandé, l'observation peut être poursuivie au-delà de la frontière, à condition que le franchissement de ladite frontière soit signalé, immédiatement et pendant que l'observation a lieu, à l'autorité compétente de la Partie contractante dans le territoire de laquelle l'observation doit être poursuivie.

Les autorités compétentes sont :

En République d'Autriche : la Direction de la Sécurité du Land de Burgenland et la Direction de la Sécurité du Land de Basse-Autriche, chacune dans la zone de leur compétence géographique;

En République slovaque : la Direction régionale du Corps de Police à Bratislava et la Direction régionale du Corps de Police à Trnava, chacune dans la zone de leur compétence géographique.

(3) Dans les cas relevant du paragraphe (2), une demande conforme au paragraphe (1), mentionnant les motifs du franchissement de la frontière sans accord préalable, doit être envoyée immédiatement. L'observation doit cesser dès que la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'observation a lieu le demande, sur la base de la notification ou demande, ou si l'accord n'a pas été reçu douze heures après le franchissement de la frontière.

(4) Les observations visées aux paragraphes 1 et 3 du présent article ne sont autorisées que sous réserve des conditions suivantes :

- (a) Les agents observateurs seront liés par les dispositions du présent article et les lois de l'État de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils entrent; ils doivent obtempérer aux injonctions des autorités localement compétentes.
- (b) En ce qui concerne les interdictions et restrictions imposées à la circulation, les véhicules utilisés seront placés sur le même pied que ceux des autorités de sécurité de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils sont utilisés. Une signalisation peut être installée, dans les limites nécessaires à la conduite de l'observation.
- (c) Les agents observateurs devront à tout moment être en mesure de justifier de leur fonction officielle.
- (d) L'entrée dans des domiciles et des lieux non accessibles au public n'est pas autorisée. L'entrée dans les locaux de travail, usines et locaux commerciaux accessibles au public est autorisée durant les heures ouvrables.
- (e) Un rapport de chaque observation sera adressé à la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'observation a eu lieu. À cet égard, la comparution personnelle des agents observateurs peut être requise.
- (f) Les autorités de la Partie contractante à laquelle appartiennent les agents observateurs prêteront assistance, sur demande, dans des enquêtes de police et judiciaires sur le territoire de la Partie contractante où l'observation a eu lieu.
- (g) Aux fins de la conduite de l'observation, les moyens techniques nécessaires peuvent être utilisés, pour autant que cela soit admis par la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'observation a lieu. Les dispositifs techniques d'observation à utiliser lors de l'opération doivent être énumérés dans la demande visée au paragraphe (1).

(5) L'observation transfrontalière peut être pratiquée dans la mesure où le droit national des Parties contractantes le permet et est sujette à l'application des paragraphes (1) à (4) s'il y a lieu :

- (a) Pour la prévention d'infractions passibles d'extradition;
- (b) Pour être en mesure d'anticiper au stade des préparatifs la commission par une personne d'une infraction spécifique planifiée susceptible de donner lieu à une extradition;

(c) Pour prévenir les actes criminels fomentés par des bandes ou le crime organisé.

(6) Les observations visées au paragraphe (1) du présent article ne sont autorisées en vertu d'un accord préalable que :

(a) Si une demande dans le cadre d'une procédure d'enquête ne peut être adressée conformément à l'article 7, paragraphe (1); et

(b) Si l'objectif de l'observation ne peut être atteint via la prise en charge de la procédure officielle par les organes de l'autre Partie contractante ou par la formation de groupes d'observation communs (article 12).

(7) Dans les cas d'observations visées aux paragraphes (1) et (5), les demandes doivent être adressées :

En République d'Autriche : au Ministère de l'Intérieur (Direction générale de la Sécurité publique);

En République slovaque : au Ministère de l'Intérieur (Présidium du Corps de Police).

Article 8. Poursuite transfrontalière

(1) Les organes des autorités de sécurité d'une Partie contractante poursuivant dans leur propre pays une personne qui :

(a) En rapport avec la participation à une infraction passible d'extradition dans l'autre Partie contractante ou à sa commission a été identifiée ou poursuivie pour cette raison; ou

(b) S'est évadée alors qu'elle était en détention préventive ou pénale ou soumise à une mesure préventive en rapport avec une infraction passible d'extradition dans l'autre Partie contractante;

seront autorisés à continuer la poursuite sur le territoire de l'autre Partie contractante sans l'accord de cette dernière si, en raison de l'urgence particulière de l'affaire, il n'a pu être adressé de notification préalable aux autorités compétentes de cette dernière Partie contractante ou si celles-ci n'étaient pas en mesure de prendre en charge la poursuite en temps utile. Les agents poursuivants prendront immédiatement contact, et de manière générale avant le franchissement de la frontière, avec les autorités compétentes de l'autre Partie contractante. La poursuite doit cesser dès que la Partie contractante sur le territoire duquel elle doit avoir lieu ou a déjà lieu le demande. À la demande des agents poursuivants, les autorités localement compétentes maintiendront en détention la personne concernée, conformément à la législation nationale, afin d'établir l'identité de cette personne ou de procéder à une arrestation.

(2) Si la cessation de la poursuite n'est pas exigée et que l'assistance des autorités locales ne peut être assurée en temps utile, les agents poursuivants peuvent détenir la personne concernée conformément au droit national de l'autre Partie contractante, jusqu'à ce que les agents de cette Partie contractante, auxquels doit être immédiatement notifiée la détention, procèdent à l'identification ou à l'arrestation de ladite personne.

(3) Les poursuites visées aux paragraphes (1) et (2) seront entreprises sans restriction de lieu ni de temps. En outre, les franchissements de frontière pourront être effectués en dehors des points de passage frontaliers autorisés et des heures de circulation établies.

(4) Les poursuites sont autorisées exclusivement sous réserve des conditions suivantes :

- (a) Les agents poursuivants seront liés par les dispositions du présent article et les lois nationales de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils entrent; ils doivent obtempérer aux injonctions des autorités localement responsables.
- (b) En ce qui concerne les interdictions et restrictions imposées à la circulation, les véhicules utilisés seront placés sur le même pied que ceux des autorités de sécurité de l'État Partie contractante sur le territoire de laquelle ils sont utilisés. Une signalisation peut être installée, dans les limites nécessaires à la conduite de la poursuite.
- (c) Les agents poursuivants devront à tout moment être en mesure de justifier de leur fonction officielle.
- (d) L'entrée dans des domiciles et des lieux non accessibles au public n'est pas autorisée. L'entrée dans les locaux de travail, usines et locaux commerciaux accessibles au public est autorisée durant les heures ouvrables.
- (g) Aux fins de la direction de la poursuite, les moyens techniques nécessaires peuvent être utilisés, pour autant que cela soit admis par la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la poursuite a lieu. Les autorités compétentes de l'autre Partie contractante doivent être informées des moyens techniques mis en œuvre dans le cadre de l'opération.
- (f) Les agents poursuivants doivent être aisément identifiables, soit par le port d'un uniforme, soit par des insignes distinctifs ou par des dispositifs accessoires placés sur le véhicules; l'usage d'une tenue civile combiné avec l'utilisation de véhicules banalisés sans moyen d'identification est interdit.
- (g) Une personne détenue en vertu du paragraphe (2) du présent article peut, aux fins de la présentation aux autorités locales, être seulement soumise à une fouille de sécurité. Le cas échéant, la personne peut être menottée. Les objets transportés par une personne poursuivie peuvent être saisis en attendant l'intervention des autorités localement compétentes de l'autre Partie contractante. Les objets saisis temporairement seront remis aux autorités localement compétentes avec la personne concernée.
- (h) Les agents poursuivants se présenteront immédiatement, après chaque franchissement de frontière visé aux paragraphes (1) et (2) aux autorités localement compétentes de l'autre Partie contractante et leur adresseront un rapport. Si ces autorités le demandent, ils devront rester sur place le temps strictement nécessaire à ce que les faits incriminés aient été éclaircis. Les mêmes règles seront d'application, même si la personne poursuivie n'a pu être appréhendée.

(5) Une personne arrêtée conformément au paragraphe (2) par des organes des autorités compétentes peut, indépendamment de sa nationalité, être retenue pour interrogatoire, en conformité avec la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elle a été appréhendée. Si la personne n'est pas un ressortissant de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la détention a eu lieu, elle doit être relâchée pas plus de six heures (les heures entre minuit et neuf heures du matin non comprises) après

avoir été appréhendée, à moins que, avant l'expiration de ce délai, les autorités compétentes ne reçoivent une demande de détention provisoire aux fins d'extradition. Les réglementations nationales autorisant un ordre d'incarcération ou de détention provisoire fondé sur d'autres motifs ne seront pas affectées.

(6) Dans les cas les plus importants ou lorsque les poursuites vont au delà de la région frontalière visée au paragraphe 7 de l'article 3, il convient d'informer de leur issue les organismes centraux nationaux.

(7) Dans les cas de poursuites transfrontalières, les autorités suivantes doivent être averties :

En République d'Autriche : La Direction de la Sécurité du Land de Burgenland et la Direction de la Sécurité du Land de Basse-Autriche, chacune dans la zone de leur compétence géographique;

En République slovaque : la Direction régionale du Corps de Police à Bratislava et la Direction régionale du Corps de Police à Trnava, chacune dans la zone de leur compétence géographique.

Article 9. Livraison sous surveillance

(1) Sur proposition de la Partie contractante requérante, la Partie contractante requise peut autoriser l'entrée surveillée sur son territoire, ainsi que le transport et la sortie de marchandises, en particulier en ce qui concerne le trafic prohibé de drogues, armes, explosifs, fausse monnaie, biens volés et de leur réception ainsi que du blanchiment d'argent, si la Partie contractante requérante estime que l'identification de consommateurs ou d'autres personnes impliquées ou la découverte des voies de distribution échouerait en agissant autrement ou serait considérablement plus difficile. Les livraisons surveillées peuvent, par un arrangement entre les Parties contractantes, être interceptées et relâchées pour transport subséquent, de façon à ce qu'elles ne subissent pas d'effraction, ni ne soient enlevées ou partiellement ou entièrement remplacées. Si les marchandises présentent un risque inacceptable pour les personnes impliquées dans leur transport ou pour la sécurité publique, la livraison surveillée sera limitée ou refusée par la Partie contractante requise.

(2) La Partie contractante requise reprendra la surveillance de la livraison au franchissement de la frontière afin de ne pas interrompre ladite surveillance. Pour la suite du transport, elle mettra en place une surveillance continue organisée de façon telle que les auteurs de la livraison ou la livraison elle-même puissent être capturés à tout moment. Les agents de la Partie contractante requérante peuvent, en accord avec la Partie contractante requise, accompagner la livraison surveillée au-delà de la reprise de la surveillance, conjointement avec les agents de la Partie contractante requise reprenant ladite surveillance, sans assumer de pouvoirs souverains. Dans de tels cas, ils seront soumis aux dispositions du présent article et à la législation de la Partie contractante requise et devront obtempérer aux injonctions des autorités de la Partie contractante requise.

(3) Les demandes concernant des livraisons surveillées commençant ou se poursuivant dans un État tiers recevront une réponse favorable uniquement si cet État remplit les conditions énoncées dans les deux premières phrases des paragraphes (1) et (2).

(4) L'article 7, paragraphe 4, sections (b), (c), (d), (f) et (g) s'appliquera en tant que de besoin.

(5) Les demandes au sens du paragraphe (1) seront adressées à :

En République d'Autriche : Le Ministère fédéral de l'Intérieur, Direction générale de la Sécurité publique, dans les cas d'une sortie surveillée, le Ministère fédéral de l'Intérieur, Direction générale de la Sécurité publique et le bureau du procureur public dans la juridiction duquel la livraison commence, seront informés simultanément.

En République Slovaque : Le Ministère de l'Intérieur, Présidium du Corps de Police et l'autorité du procureur public ayant la compétence matérielle et géographique.

Article 10. Infiltrations pour la détection de délits

(1) Sur la base d'une requête préalable d'une Partie contractante, l'autre Partie contractante peut consentir à l'utilisation d'officiers de la Partie contractante requérante sur le territoire de la Partie contractante requise à des fins de détection de délits sous des identités modifiées temporairement mises à leur disposition (enquêteurs en civil) s'il y a suffisamment de raisons factuelles de suspecter qu'un délit a été commis à l'égard duquel le recours à des enquêteurs en civil est permis conformément à la loi nationale en vigueur. Le consentement octroyé est valable pour l'ensemble du territoire de la Partie contractante requise. La Partie contractante requérante ne fera la demande que s'il est impossible, ou beaucoup plus difficile, d'établir les faits sans les mesures d'enquête planifiées.

(2) Les enquêtes sur le territoire de la Partie contractante requise seront limitées à des opérations uniques limitées dans le temps. Une enquête en civil peut être autorisée pour une période d'un mois avec la possibilité de prolongations ultérieures. Les opérations seront préparées en étroite coordination entre les autorités concernées dans les Parties contractantes requérante et requise. Un représentant officiel de la Partie contractante requise sera responsable de la direction d'une opération. Les mesures prises par les officiers de la Partie contractante requérante ont valeur de mesures prises par la Partie contractante requise. Les enquêtes cesseront à la requête de cette dernière.

(3) Le recours aux enquêteurs en civil, les conditions dans lesquelles un tel recours a lieu et les dispositions régissant l'utilisation des conclusions de l'enquête seront déterminés par la Partie contractante requise conformément à sa législation nationale. La Partie contractante requise fournira des informations sur le sujet à la Partie contractante requérante.

(4) La Partie contractante requise fournira le personnel et l'appui technique et logistique nécessaires et prendra toutes les mesures nécessaires pour protéger les officiers de la Partie contractante requérante au cours de leurs opérations sur le territoire de la Partie contractante requise.

(5) Une demande formulée conformément au paragraphe (1) doit être adressée à l'organe central national ou, autrement, à l'organe compétent pour donner l'autorisation, l'organe central national étant informé simultanément. Les Parties contractantes désigneront réciproquement les organes compétents pour donner les autorisations.

(6) Les autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle recours a été fait à des enquêteurs en civil seront immédiatement informées par écrit de l'exécution et des conclusions de la mesure prise.

(7) Les Parties contractantes peuvent mettre des enquêteurs en civil à la disposition l'une de l'autre pour agir à la demande et sous la direction des autorités compétentes de l'autre Partie contractante.

Article 11. Opérations d'infiltration à des fins de prévention de délits majeurs

(1) Lorsque la loi nationale en vigueur le permet, des opérations d'infiltration peuvent être entreprises dans le but de prévenir des délits majeurs passibles d'extradition sur le territoire de l'autre Partie contractante si cette dernière a consenti des enquêtes transfrontalières sur la base d'une demande préalable.

(2) L'article 10, paragraphe (1), deuxième et troisième phrases, et les paragraphes (2) à (7) s'appliqueront en tant que de besoin.

Article 12. Groupes communs de contrôle d'observation et d'enquête : opérations de poursuites transfrontalières

(1) Aux fins de renforcer la coopération, les autorités compétentes des Parties contractantes établiront si nécessaire des groupes de travail mixtes à des fins d'analyse et autres et également des groupes d'observation et d'enquête dans lesquels les officiers d'une Partie contractante agiront en capacité d'avis et d'appui dans des opérations sur le territoire de l'autre Partie contractante sans assumer indépendamment de pouvoirs souverains.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes dans les zones frontalières mentionnées à l'article 3, paragraphe (7) participeront à la poursuite transfrontalière de criminels en fuite. Les organes centraux nationaux devront être engagés dans les cas d'importance supra régionale.

Article 13. Détachement d'officiers de liaison

(1) Une Partie contractante peut, avec le consentement de l'organe central de l'autre Partie contractante, détacher des officiers de liaison auprès des autorités de sécurité de l'autre Partie contractante.

(2) Les officiers de liaison agiront en capacité d'appui et d'avis sans assumer indépendamment de pouvoirs souverains. Ils communiqueront des informations et accompliront leurs tâches dans le cadre des instructions de l'État d'origine, en tenant compte de la demande de l'État destinataire.

(3) Les officiers de liaison détachés dans un pays tiers peuvent également, sous réserve de l'accord mutuel des deux organes centraux, défendre les intérêts de l'autre Partie contractante.

Article 14. Service de patrouille commun le long de la frontière commune

(1) Aux fins d'écarter les menaces à la sécurité et à l'ordre publics, de combattre le crime et de garder les frontières, les autorités de sécurité des Parties contractantes seront

habilités à opérer des services de patrouilles mixtes le long de la frontière jusqu'à 10 km de celle-ci.

(2) Dans la conduite du service de patrouille mixte, les agents de l'autre Partie contractante seront autorisés à établir les identités d'individus et à les appréhender conformément à la législation nationale en vigueur de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'opération officielle a lieu s'ils tentent d'échapper aux contrôles.

(3) Les autres mesures de coercition ne pourront être mises en œuvre que par les officiers de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la patrouille est entrée sauf si le succès de l'opération officielle avait été compromis, ou l'opération avait été nettement plus difficile, sans l'intervention des officiers de l'autre Partie contractante.

(4) Dans la conduite d'opérations officielles, la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les agents agissent est d'application.

Article 15. Utilisation d'avions et de bateaux

(1) Dans le cadre des opérations énumérées dans le présent Traité les bateaux peuvent également être utilisés, de même qu'avec les autorités de sécurité responsables, les avions.

(2) Lorsque des avions sont utilisés, les autorités de sécurité peuvent déroger aux dispositions concernant les contrôles et restrictions affectant l'espace aérien dans la mesure nécessaire à la réalisation de leurs missions conformément au paragraphe (1), en ayant à l'esprit les considérations de sécurité et d'ordre publics. Les dérogations aux règlements concernant le comportement dans l'espace aérien ne seront permises que si elles sont nécessaires d'urgence pour la réalisation de missions souveraines. Chaque Partie contractante permettra aux avions qui sont utilisés depuis le territoire de l'autre Partie contractante conformément au paragraphe (1) d'atterrir et de décoller en des lieux autres que les aéroports et aérodromes autorisés.

(3) Dans la mesure du possible avant le début, mais au plus tard pendant l'utilisation d'avions conformément au paragraphe (1), l'office de sécurité aérienne responsable devra avoir obtenu les informations les plus précises possible concernant le type d'avion, ses marquages d'identification, son équipage, sa cargaison, son heure de décollage, son itinéraire prévu et son point d'atterrissage. Chaque plan de vol doit contenir une référence au présent Traité.

(4) Les avions doivent être approuvés dans le territoire de la Partie contractante à partir de laquelle ils ont été mis en service pour l'usage qui doit en être fait.

(5) Lorsque des bateaux sont utilisés, les officiers sont exempts des règlements de circulation concernant la navigation intérieure dans la même mesure que les officiers des autorités de sécurité de la Partie contractante sur le territoire desquels ils sont utilisés. Ils sont autorisés à porter des marquages d'identification nocturne ou diurne en cas de stricte nécessité pour la réalisation des missions mentionnées au paragraphe (1) pour autant que la sécurité de la navigation et des individus n'en soit pas affectée défavorablement.

CHAPITRE IV. COOPÉRATION DE LA POLICE DE LA CIRCULATION

Article 16. La coopération pour assurer la sécurité routière

(1) Au sens du présent Traité, la coopération des polices de la circulation comprend en particulier :

- (a) L'information réciproque sur des matières importantes pour la circulation routière telles que la densité de la circulation, les embouteillages, des phénomènes météorologiques exceptionnels et les mesures prises telles que les déviations et les restrictions de la circulation dans l'intérêt d'un écoulement fluide de la circulation et afin de faciliter la circulation transfrontalière des véhicules à moteur;
- (b) L'information réciproque sur l'expérience acquise dans le travail de police de la circulation;
- (c) L'échange d'expériences sur les questions de sécurité routière.

(2) Les échanges réciproques d'informations dans les cas relevant de l'alinéa (a) du paragraphe (1) peuvent être verbaux ou écrits, les échanges relevant des alinéas (b) et (c) se feront, en règle générale, par écrit.

Article 17. Conduite de la coopération des polices de la circulation

(1) Pour les matières relevant de l'assistance officielle de la police de la circulation les échanges réciproques d'informations et toutes les communications écrites passeront directement entre le Ministère fédéral de l'Intérieur de la République d'Autriche et le Ministère de l'Intérieur de la République slovaque, et également, dans les cas mentionnés à l'alinéa (1) (a) de l'article 16, entre les autres autorités nationales compétentes.

(2) Les Parties contractantes désigneront réciproquement les autorités compétentes qui effectuent également des échanges d'information conformément à l'alinéa (1) (a) de l'article 16.

CHAPITRE V. BUREAUX DE CONTACT COMMUNS

Article 18. Coopération dans les bureaux de contact communs

(1) Des bureaux de contact communs peuvent être établis aux fins de faciliter les échanges d'informations et la coopération entre les autorités de sécurité des Parties contractantes.

(2) Dans les bureaux de contact communs, les officiers des autorités de sécurité des deux Parties contractantes travailleront côte à côte dans le cadre de leurs responsabilités respectives afin, indépendamment de la circulation de service et des échanges d'informations par l'intermédiaire des organes centraux nationaux, d'échanger, d'analyser et de transmettre des informations et de travailler ensemble à l'appui de la coordination de la coopération transfrontalière aux termes du présent Traité.

(3) La fonction de support pourra également comprendre des travaux préparatoires et la coopération lors du retour de personnes sur la base des conventions actuellement en vigueur entre les Parties contractantes.

(4) Les bureaux de contact communs ne seront pas responsables pour la conduite indépendante de mesures opérationnelles. Les agents dans ces bureaux seront soumis à la direction et à l'autorité disciplinaire de leurs autorités nationales respectives.

(5) L'organisation de bureaux de contact communs et les modalités de coopération et de partage équitable des coûts seront réglées dans des arrangements séparés.

CHAPITRE VI. PROTECTION DES DONNÉES À CARACTÈRE PRIVÉ

Article 19. Principe de base

Excepté les stipulations contraires ci-dessous, le traitement des données à caractère privé mises à disposition aux termes du présent Traité sera régi par les objectifs indiqués, toute condition stipulée par l'agence émettrice et les dispositions légales afférentes régissant le traitement et l'entreposage de données dans l'État récepteur.

Article 20. Détermination de l'objectif

(1) Les données personnelles mises à disposition aux termes du présent traité ne peuvent pas être traitées par le destinataire à des fins autres que celles pour lesquelles les données ont été mises à disposition sous réserve de l'accord de l'agence émettrice. L'acceptabilité de l'octroi d'un tel accord sera régie par la législation nationale applicable à l'agence émettrice.

(2) Les données à caractère privé mises à disposition dans le but d'écarter des menaces à la sécurité et l'ordre publics ou pour prévenir des délits peuvent être utilisées pour poursuivre des délits graves sans l'accord de l'agence émettrice. De même, les données à caractère privé mises à disposition aux fins de poursuites peuvent être traitées pour prévenir des délits et dans le but d'écarter des menaces à la sécurité et l'ordre publics sans l'accord de l'agence émettrice.

Article 21. Devoir de correction et de destruction

(1) Les données à caractère privé mises à disposition aux termes du présent Traité doivent être détruites si :

- (a) Les données transmises s'avèrent erronées;
- (b) L'agence émettrice informe le destinataire que la procuration ou la transmission des données est contraire à la loi;
- (c) Il apparaît que les données ne sont pas, ou plus, nécessaires pour la réalisation de la tâche pour laquelle elles avaient été mises à disposition, sauf autorisation expresse de traiter les données à d'autres fins.

(2) L'agence émettrice informera le destinataire de toute disposition spéciale régissant la durée d'entreposage à laquelle le destinataire devra se conformer.

Article 22. Notifications concernant le traitement de données

(1) À la demande de l'agence de transmission, le destinataire fournira des informations sur tout traitement des données à caractère privé mises à disposition.

(2) Si les autorités de sécurité d'une Partie contractante qui ont transmis des données aux termes du présent Traité établissent que les données transmises sont incorrectes ou doivent être corrigées ou détruites, en raison de traitements illégaux, elles doivent informer le destinataire immédiatement.

(3) Si le destinataire établit que les données à caractère privé mises à sa disposition ont été traitées illégalement, il doit également en informer immédiatement l'agence émettrice.

Article 23. Registres

(1) L'autorité de sécurité émettrice et le destinataire sont obligés de maintenir des registres montrant au moins les raisons, les contenus, le lieu de réception et l'heure de transmission des données à caractère privé. Les transmissions en ligne feront l'objet d'enregistrements automatisés.

(2) Les registres seront conservés pendant au moins trois ans.

(3) L'information des registres ne pourra être utilisée que pour vérifier si les dispositions afférentes concernant la protection des données ont été respectées.

Article 24. Divulgateion, correction ou suppression de données

(1) Le droit d'une personne concernée de recevoir sur demande les informations relatives aux données traitées la concernant ou d'en obtenir la correction ou la suppression sera régi par la législation nationale de la Partie contractante dans laquelle la demande est faite.

(2) Avant d'accéder à une telle demande, le destinataire doit fournir l'opportunité à l'agence émettrice d'exprimer son point de vue.

CHAPITRE VII. RÈGLEMENT CONCERNANT LES DEVOIRS OFFICIELS ACCOMPLIS SUR LE TERRITOIRE DE L'AUTRE PARTIE CONTRACTANTE

Article 25. Entrée, sortie et résidence

Les agents des Parties contractantes engagés aux termes du présent Traité dans des opérations sur le territoire de l'autre Partie contractante seront autorisés à entrer, sortir et résider sur la base d'un passeport de service valable.

Article 26. Les uniformes, armes de service et appareils de communication radio

(1) Si, en vertu du présent Traité, des agents effectuent des opérations sur le territoire de l'autre Partie contractante ils seront autorisés à porter des uniformes et à porter

leurs armes de service et d'autres moyens de coercition sauf si l'autre Partie contractante indique dans un cas individuel que ce n'est pas permis ou que c'est permis uniquement sous des conditions spécifiques.

(2) L'utilisation d'armes à feu n'est permise que dans les cas de légitime défense (en ce compris l'assistance d'urgence).

(3) Lors de l'accomplissement de tâches en vertu du présent Traité dans la zone de 15 kilomètres longeant la frontière, les officiers peuvent utiliser des appareils de diffusion et de communication radio sur le territoire de l'autre Partie contractante pour autant que l'opération du système de diffusion de cette Partie contractante ne soit pas perturbée.

Article 27. Relations de service

Les agents des Parties contractantes resteront soumis à la législation nationale, en ce qui concerne le service ou les relations contractuelles et pour des raisons disciplinaires.

Article 28. Responsabilité

(1) Si les agents d'une Partie contractante, lors de la mise en œuvre du présent Traité provoquent des dégâts pendant qu'ils se trouvent sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette Partie contractante sera responsable envers la tierce partie qui a subi le préjudice aux mêmes termes et dans la même étendue que si ses propres agents matériellement et géographiquement compétents avaient occasionné les dégâts.

(2) La Partie contractante qui a octroyé une compensation à la partie lésée ou aux ayants droit de ladite partie obtiendront un remboursement de l'autre Partie contractante à moins que l'opération ait été entreprise à sa propre demande. Lorsque les dégâts ont été occasionnés au détriment des Parties contractantes elles-mêmes, les dégâts encourus ne seront pas dédommagés sauf si les officiers ont occasionné les dégâts intentionnellement ou par négligence aggravée.

Article 29. Position légale des agents à l'égard du droit pénal

Les agents qui opèrent sur le territoire de l'autre Partie contractante en vertu du présent Traité seront, à l'égard des délits commis par eux ou contre eux, sur un pied d'égalité avec les agents de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ils opèrent.

CHAPITRE VIII.

PARTICIPATION DE L'ADMINISTRATION DES DOUANES

Article 30. Pouvoirs des organes douaniers

(1) Dans la mesure où les organes douaniers des Parties contractantes accomplissent des tâches de police de sécurité ou judiciaire en relation avec l'exercice de leurs pou-

voirs, ils bénéficieront, dans le cadre du présent Traité, d'un statut égal à celui des autorités de sécurité des Parties contractantes.

(2) Dans la mesure où les organes douaniers de la République d'Autriche sont chargés d'effectuer les contrôles frontaliers qui sont une responsabilité des organes de sécurité, ils peuvent également participer aux services de patrouille communs conformément à l'article 14.

CHAPITRE IX. DISPOSITIONS RELATIVES À L'EXÉCUTION; DISPOSITIONS FINALES

Article 31. Non-observation dans des cas individuels

Si une des Parties contractantes estime qu'accéder à une demande d'exécution d'une mesure de coopération en vertu du présent Traité est de nature à enfreindre sa souveraineté ou à mettre en danger sa propre sécurité ou d'autres intérêts essentiels, elle informera l'autre Partie contractante qu'à cet égard elle refuse de coopérer en tout ou en partie ou soumet la coopération à des conditions spécifiques.

Article 32. Réunions d'experts

Chaque Partie contractante peut demander une réunion d'experts pour répondre aux questions qui se posent à l'égard de l'application du présent Traité et pour émettre des propositions quant à la poursuite du développement de la coopération.

Article 33. Protocoles de mise en œuvre, amendements et notifications

(1) Les autorités compétentes des Parties contractantes peuvent conclure des protocoles de mise en œuvre découlant du présent Traité.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes s'informeront réciproquement des changements de compétences ou de désignations des autorités visées dans le présent Traité.

Article 34. Coûts

Chaque Partie contractante supportera les coûts encourus par ses autorités dans l'application du présent Traité.

Article 35. Relation aux autres arrangements internationaux

(1) Les autres conventions contraignantes bilatérales ou multilatérales ne seront pas affectées par le présent Traité.

(2) Dès que la Convention du 19 juin 1990 mettant en œuvre les Accords de Schengen du 14 juin 1985 conclus entre les Gouvernements des États de l'Union économique Benelux, la République fédérale d'Allemagne et la République française sur l'abolition progressive des contrôles sur les frontières communes entrera également en vigueur dans

les relations entre les deux Parties contractantes, le présent Traité sera traité comme étant un complément à celle-ci.

*Article 36. Réserve de la législation nationale dans les matières
fiscales et douanières*

(1) Le présent Traité ne peut être invoqué dans les affaires criminelles relatives aux charges fiscales, à la taxation, aux douanes et au change.

(2) Les informations reçues dans le cadre de la coopération en vertu du présent Traité ne peuvent être utilisées aux fins d'établir des charges fiscales, des taxes ou des droits de douane ou dans des affaires criminelles dans le domaine des charges fiscales, des taxes ou des droits de douane, à moins que la Partie contractante requise ait mis ces informations à disposition pour des procédures de cette nature.

Article 37. Entrée en vigueur et dénonciation

(1) Le présent Traité requiert une ratification. Les instruments de ratification seront échangés dans les meilleurs délais. Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois à compter de l'échange des instruments de ratification.

(2) Le présent Traité est conclu pour une période indéterminée. Il peut être dénoncé par la voie écrite en tout temps par chaque Partie contractante par les canaux diplomatiques. Le Traité cessera ses effets six mois après la réception de la dénonciation.

(3) L'Enregistrement du présent traité auprès du Secrétariat des Nations Unies conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies sera effectué par la partie autrichienne.

Article 38. Cessation des effets d'accords précédents

Le jour de l'entrée en vigueur du présent Traité l'Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République Socialiste Tchécoslovaque relatif à la coopération aux fins de la prévention et de la détection d'actes punissables par la loi et d'assurer la sécurité de la circulation routière en date du 21 juin 1988, dans la version contenue dans l'échange de notes entre la République d'Autriche et la République Slovaque relatives au maintien de la mise en œuvre de certains traités d'État entre l'Autriche et la Tchécoslovaquie en date du 22 décembre 1993 et du 14 janvier 1994 prendra fin.

Fait à Vienne le 13 février 2004 en deux exemplaires originaux, dans chacune des langues allemande et slovaque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

STRASSER

Pour la République slovaque :

PAIKO

